Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 46. Mittag-Ausgabe. Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Freitag, den 28. Januar 1876.**

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

39. Sitzung vom 27. Januar.

12 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Delbrück, Leonhardt, Graf zu Eulenburg u. A.

Auf der Tagesordnung steht zuvörderst die dritte Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für 1876.

Abg. Schröder (Lippstadt): Er und seine politischen Freunde werden auch heute, wie bei der zweiten Lesung, gegen die hier verlangten Summen stimmen. Den hier geforderten Nachtrag für die Weltausstellung in Philadelphia wäre er gern geneigt, selbst in einem noch weit höheren Betrage zu bewilligen, wenn er zu dem Zwecke verlangt worden wäre, ein paar Hundert würdige und tüchtige deutsche Arbeiter auf diese Ausstellung zu senden, um dort in ihren Gewerben Neues zu sehen und Neues zu lernen. Das würde jedenfalls zur Förderung der Industrie und des Kunstgewerbes mehr beitragen, als die möglichst glanzvolle Betheiligung der Fabrikanten, die im Grunde doch nur auf Reclame hinauslaufe.

Präsident Delbrück: Die Frage, ob von Seiten des Reiches zur Förderung des Besuches solcher Ausstellungen durch Arbeiter auf dem Wege der Bewilligung etwas zu geschehen sei, ist schon bei Gelegenheit der Wiener Ausstellung zur Erwägung gekommen; man hat sich aber schon damals nicht verhehlen können, daß das Reich nicht die geeignete Instanz dafür ist, Entsendung von Arbeitern zu solchen Ausstellungen anzuregen oder in die Hand zu nehmen, und zwar schon aus dem Grunde, weil eine zweckmäßige Auswahl sowohl der Personen wie der Gewerbszweige nur in engeren Kreisen getroffen werden kann. So ist z. B. bei der Wiener Ausstellung das Erscheinen deutscher Arbeiter keineswegs ausgeschlossen gewesen. Es hat sich in Berlin ein hier existirender Verein mit Erfolg dafür bemüht. Ich weiß dies Eine zufällig, bezweifle aber nicht, daß Berlin keineswegs der einzige Ort ist, von wo aus eine solche Anregung erfolgt ist. Wir haben in diesem Vorgehen den Beweis gefunden, daß die Enthaltung, die wir in dieser Beziehung bei Wien bewiesen haben, eine richtige war, und dies hat uns um so mehr veranlaßt, der Ausstellung in Philadelphia gegenüber ebenso zu verfahren, als gegenüber des Staatsbeitrages für die Wiener Ausstellung, die für die Philadelphiaer außerordentlich gering ist.

Abg. Dr. Eberty: Wir müssen durch Bewilligung dieses Betrages in möglichster Einstimmigkeit zeigen, daß Deutschland seinen Stammesbrüdern in Amerika die Hand reichen will.

Der Gesetzentwurf wird hierauf in dritter Lesung endgiltig vom Hause angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung von Bestimmungen des Strafgesetzbuches für das deutsche Reich, und zwar diejenigen Paragraphen, die nicht an eine Commission verwiesen worden sind.

§ 128 der Vorlage bestimmt: „Die Theilnahme an einer Verbindung, deren Dasein, Verfassung, Zweck oder Wirksamkeit vor der Staatsregierung geheim gehalten werden soll, oder in welcher gegen unbekannte Obere Gehorsam oder gegen bekannte Obere unbedingter Gehorsam den Mitgliedern zur Pflicht gemacht oder von ihnen versprochen wird, ist an den Mitgliedern mit Gefängniß bis zu sechs Monaten, an den Stiftern und Vorstehern der Verbindung mit Gefängniß von einem Monat bis zu einem Jahr zu bestrafen. Gegen Beamte kann auf Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von einem bis zu fünf Jahren erkannt werden."

Die Fassung unterscheidet sich von dem bisherigen Wortlaut nur durch den Zusatz der gesperrten Worte.

Bundes-Commissar Geheimer Rath Kienitz: Der § 128 ist gegen die geheimen Verbindungen gerichtet und will die Intentionen des Strafgesetzbuches schärfer zum Ausdruck bringen. Man hat die Ueberzeugung gewonnen, daß für die Frage, ob eine Verbindung für eine geheime zu erachten sei, nicht blos der Zweck allein maßgebend sein dürfe, sondern auch das Mittel zur Erreichung dieses Zweckes, das heißt das Wirken des Vereins. Daher wird Ihnen vorgeschlagen, die Worte „oder Wirksamkeit" dem bisherigen § 128 hinzuzufügen. Ebenso wendet sich der Paragraph gegen diejenigen Vereine, deren allzustraffe Disciplin dem Gemeinwesen gefährlich werden kann; auch hier ist in dem vorgeschlagenen Paragraph der Intention des bisherigen ein schärferer und klarerer Ausdruck gegeben worden.

Der § 128 wird hierauf gegen wenige Stimmen der Conservativen vom Hause abgelehnt.

§ 130 der Vorlage lautet: „Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung gegen einander öffentlich aufreizt, oder wer in gleicher Weise die Institute der Ehe, der Familie oder des Eigenthums öffentlich durch Rede oder Schrift angreift, wird mit Gefängniß bestraft."

(In der bisherigen Fassung lautet der Paragraph: „Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen einander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu zweihundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.")

Die Abgeordneten v. Seydewitz, Frhr. v. Maltzahn-Gültz und Baron v. Minnigerode beantragen folgende Fassung: „Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die Institute der Ehe, der Familie oder des Eigenthums öffentlich durch Rede oder Schrift angreift, oder wer in gleicher Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen einander öffentlich aufreizt, wird mit Gefängniß bestraft."

Hierzu stellt Abgeordneter Krüger (Hadersleben) das Unteramendement, hinter die Worte: „oder des Eigenthums" einzuschalten: „oder die Heiligkeit der Staatsverträge".

Abgeordneter v. Puttkamer (Sensburg): Unser Antrag steht durchaus auf dem Boden der Regierungsvorlage und die Aenderung ist wesentlich nur eine redactionelle. Gegenüber der unbestreitbaren Thatsache, daß gegenwärtig in socialdemokratischen Vereinen öffentlich die Ehe bekämpft wird als eine unnatürliche Beschränkung der freien Liebe und das Eigenthum als ein verrücktes Ueberbleibsel mittelalterlicher Zustände erklärt wird, glauben wir es mit unserer Verantwortung nicht für vereinbar zu halten, wenn wir es der Regierung durch Ablehnung dieses Paragraphen unmöglich machen, gegen solche Angriffe auf die Fundamentaleinrichtungen unseres Staates wirksam einzuschreiten.

Bundesbevollmächtigter Graf zu Eulenburg: Der vorliegende Paragraph richtet sich gegen die Socialdemokratie. Was diese will, welche Bestrebungen und welche Erfolge sie hat, will ich kurz auseinandersetzen und zwar an dieser Stelle, weil ich befürchte, daß so viel von diesem Thema gesprochen und darüber geschrieben wird, doch verhältnißmäßig Wenige sich ein richtiges Bild von den bestehenden Zuständen machen, und werde Sie zum Schluß bitten, dem Staate die Waffen zu geben, welche er gegen diese feindliche Tendenz gebraucht. Bis zu dem vorigen Jahre bestanden zwei socialistische Verbände, in Norddeutschland der allgemeine deutsche Arbeiterverein, 1863 von Lassalle gegründet, eine Zeit lang von Herrn Schweitzer, später von Hasenclever präsidirt, in Süddeutschland der demokratische Arbeiterverein. Sehr weit auseinander in ihren Anschauungen und Strömungen sind sie nicht gegangen, allein der erstere Verein betonte mehr die nationale Zusammengehörigkeit der Arbeiter, der letztere hatte mehr einen internationalen Charakter. Zum Zwecke einer Vereinigung und der Ausgleichung persönlicher Differenzen zwischen den Leitern beider Vereine wurde im vorigen Jahre im Mai in Gotha ein Congreß abgehalten, auf dem die Vereinigung unter dem Namen „socialdemokratische Arbeiterpartei" stattfand. Als Präsident wurde damals Herr Hasenclever erwählt. Das ist der augenblickliche Stand; ganz fest steht das Gebäude nicht, weil im August vorigen Jahres in Hamburg der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein separat sich aufgethan hat. Ob er stark genug sein wird, eine gesonderte Stellung einzunehmen, weiß ich nicht. Diese socialistische Arbeiterpartei Deutschlands erließ das damals bekannt gewordene Programm. (Redner verliest dasselbe.) Das Programm ist an sich ziemlich bezeichnend, aber, meine Herren, keiner, der staatsfeindliche Tendenzen verfolgt, wird in seinem Programm ausdrücken, was er will, sondern er wird in seinen Ausdrücken nur so weit gehen, als das Strafgesetz eben gestattet; zweitens aber wird er allen Denjenigen gegenüber, die er zu seinen Anhängern machen will, niemals von vorn herein mit seinen letzten Gedanken herauskommen, sondern er wird sie nach und nach in sein Netz zu locken suchen, und erst dann ihnen zeigen, was er im Ganzen will. In diesem Sinne ist es sehr von Bedeutung, daß die Socialdemokratie weit davon entfernt sei, zu predigen: Auf unserem politischen Boden ist unser Ziel die rothe Republik, auf dem Boden des socialen Lebens ist unser Endziel der Communismus, auf dem Boden der Religion ist unser Endziel der Atheismus. (Sehr wahr!)

Ohne das von vornherein zu sagen, zieht sie nach und nach ihre Anhänger heran und hinein, so daß sie unbewußt in diese Consequenzen kommen. Der erste Schritt ist, die Unzufriedenheit, wo sie vorhanden ist, zu schüren, wo sie nicht vorhanden ist, zu erregen. Es ist ja in der Gesellschaft ein gewisses Mißbehagen, das fühlen wir alle und wir fühlen gewiß auch das Mißbehagen der arbeitenden Klasse mit. Da heißt es nun, und das lese ich in mehreren angesehenen Blättern: Wie kann man sich darüber beklagen, daß die arbeitenden Klassen sich Luft machen? ist es nicht sehr gut, wenn man sie beruhigt, ihnen die Wege zeigt, auf denen sie zur Verbesserung ihrer Lage gelangen können? wie kann man solchen Bewegungen mit Strafgesetzen entgegentreten wollen als mit ganz unwirksamen oder vielleicht absolut schädlichen Mitteln? Diese Bewegung muß in sich selbst untergehen und sie wird es, wenn man vernünftigen Zusprachen, vernünftigen Lehren Raum läßt. Meine Herren, es wird Ihnen unbekannt sein — es kommt nicht in die Zeitungen — welche Art in den socialistischen Vereinen gelehrt wird: zuerst noch eine Parole der Agitationen zur Unzufriedenheit und dann zur Heilung derselben als Weg, auf bessere Bahnen zu kommen, dumpfes Geschwätz, Phrasen, aber aller Orten und vor allen Dingen Klassenhaß. Die Agitator belehren nicht, sie machen nur auf die augenblicklichen Zustände, die Unannehmlichkeiten aufmerksam, sie rufen Zerwürfnisse hervor, wo sie bisher nicht waren, sie ziehen nach und nach einzelne Klassen der Bevölkerung, die bisher für dergleichen Lehren noch nicht empfänglich waren, heran. Sie fangen an mit dem Tagelöhner, sie gehen hinauf zum höheren Arbeiter, sie wenden sich an den entlassenen Soldaten, an die niedrig besoldeten Beamtenklassen, Alles wird bearbeitet, um ihnen darzustellen, in welcher unerträglichen Lage sie wirken und wie mit ihren Menschenrechten gespielt wird.

Ein socialistischer Führer sagt: Den französischen und englischen Arbeiter muß man lehren, wie er in der traurigen Lage sich helfen soll, euch muß man beweisen, daß ihr in einer traurigen Lage seid. Diesen Beweis täglich vor jeder Versammlung zu führen, ist zunächst die Aufgabe der socialdemokratischen Agitatoren, Unzufriedenheit erzeugen dadurch, daß man ihnen beweist, was ihnen fehlt und sie zugleich an Bedürfnisse gewöhnt, die sie nicht befriedigen können. Wer diese Klasse der Bevölkerung beobachtet hat, muß sich sagen, daß die Bedürfnisse, welche sie befriedigen wollen, über das hinausgehen, was sie unter normalen Verhältnissen befriedigen können. Dadurch, daß man ihnen auf der einen Seite sagt: Du hast das nöthig und auf der anderen Seite sagt: Das kannst Du nicht beschaffen, wächst der Unmuth, die Unzufriedenheit, die Lust, sich von den Fesseln los zu machen. Ich erlaube mir aus dem „Neuen Socialdemokrat", Jahrgang 1875, folgende Stelle zu verlesen: Proletarier, wollt ihr Proletarier bleiben? Männer der Arbeit, die Sonne scheint überall. Seht die Felder an, das ist euer Schweiß, ihr habt es durchgeführt, mit kräftigem Arm habt ihr das Feld gebrochen, ihr habt die Saat gestreut, ihr schwingt die Sense, ihr speichert die Früchte auf, daß jedes Herz frohlockt bei den köstlichen Spenden der allbeglückenden Natur, ja das ist die Frucht Eurer Arbeit und Eures Schweißes. Doch ist es Euer? Sprecht, Männer der Arbeit, für wen habt Ihr gearbeitet, für wen gepflügt, gesäet, geeggt, gedroschen, in die Scheuern getragen? Für den Gutsherrn. Sein eigen ist das Land, sein ist das Korn, sein ist Alles; auch Eure Kraft, die Eures Weibes, Eures Sohnes, Eurer Tochter ist sein eigen, an ihn verkauft Ihr sie für den Lohn, thut Ihr es nicht, so müßt Ihr verhungern."

Die Unzufriedenheit bewirkt nicht nur, daß die Arbeiterklassen als nothleidend angesehen werden, sondern daß auch die anderen Klassen als diejenigen geschildert werden, welche diese Noth veranlaßt haben. Redner verliest einen die „Canaille" überschriebenen Leitartikel des „Neuen Socialdemokrat", der mit den Worten beginnt: Das Volk ist eine Canaille, so lange die Bourgeoisgesellschaft dauert und einen zweiten Artikel desselben Blattes, in dem der Klassenkampf als ein gewaltig zerstörendes, aber als ein nicht zu beseitigendes Uebel erklärt wird, denn „Versöhnung ist Verhöhnung" der Arbeiter, und fährt fort: Darüber brauche ich kein Wort zu verlieren, welche enorme Gefahr in diesen Grundsätzen liegt, sobald die Partei in die Lage kommen sollte, dieselben wirklich anwenden zu können. Die letzte Intention der Führer ist: Durchsetzen mit Gewalt. Sie nehmen sich in Acht, es auszusprechen, im Gegentheil, sie stellen es in Abrede. Ich frage Sie, wie sollte eine solche Theorie in einem deutschen Staate überhaupt durchgeführt werden? Ist jemals daran zu denken, daß die Socialisten darauf, was sie als besser bezeichnet haben, nun freiwillig verzichten werden, oder daß die Andern sagen werden: Ich will mich herabdrücken, um eine Gleichheit mit der anderen Bevölkerung herbeizuführen? Wenn es nicht der Fall ist, so kann es nur auf verfassungsmäßigem Wege erreicht werden, d. h. mit anderen Worten, die Socialdemokraten müßten in den gesetzgebenden Körperschaften Deutschlands und Preußens die Majorität erlangen. Ich glaube nicht, daß es dahin kommen wird. Sie machen nicht den Versuch, im Parlament die Majorität zu gewinnen, sondern sehen darin nur ein erhöhtes Podium, um besser zum Volke herab sprechen zu können. Der „Volksstaat" sagt darüber: Die socialdemokratische Partei ist eine revolutionäre, sie auf den Boden des Parlamentarismus stellen, heißt sie vernichten.

Die Reichstagswahlen haben für uns nur einen agitatorischen Zweck. Wenn auf diese Weise also weder durch freiwilligen Verzicht, noch in den gesetzgebenden Körpern etwas erreicht werden soll, was wird dann die Lösung sein? Der „Volksstaat" sagt, thut, was Ihr Lust habt, aber Eines laßt Euch gesagt sein, um die Revolution kommt Ihr nicht herum. Die Socialisten sind jeder Religion feind, die überhaupt an eine Gottheit glaubt; sie sagen selbst: Christenthum und Socialismus sind wie Wasser und Feuer. Nun behauptet man, durch die Maßregeln im vorigen Jahre habe die Bewegung bedeutend nachgelassen. Die Maßregeln bestanden in strenger Anwendung des Vereinsgesetzes, indem die Vereine, welche mit andern in Verbindung standen, vorläufig geschlossen wurden; diese Schließungen sind von den Gerichten bestätigt worden. Dadurch, daß man die einzelnen Agitatoren zur Rechenschaft zieht, verschwinden sie wohl für einige Zeit vom Schauplatze durch Abbüßung von Strafen, allein von einem längeren Nachlassen oder Aufhören der Agitationen kann gar keine Rede sein. Ein socialdemokratisches Blatt sagt selbst: „Die aufgewärmte heilige Allianz der Monarchen wird in den Staub sinken vor dem Bunde der Völker." Zum Zwecke einer kräftigeren Agitation hat man die Gewerkschaften gegründet, die von einem durch und durch socialistischen Geiste durchdrungen sind. — Dieses ganze Bild hat in mir die feste Ueberzeugung begründet, daß wir es mit einem Todfeinde des Staates zu thun haben und speciell unseres Staates. In dieser Ueberzeugung bin ich bestätigt worden durch die Berichte der Staatsanwälte, welche die Leute von Angesicht zu Angesicht gesehen haben und übereinstimmend der Ansicht sind, daß die Gefahr für den Staat wie ein Krebsschaden fortfrißt. So stark fühlen wir uns freilich, daß wir mit diesem Feinde noch fertig werden, aber — auf welchem Felde? Wenn es zur offenen Schlacht kommt, werden wir die Oberhand behalten, aber diesen Kampf möchte ich verhüten. Die Regierung verlangt von Ihnen Waffen, die es unnöthig machen, mit der Zeit die blanke Waffe zu gebrauchen. Sind Sie in der Majorität meiner Meinung nicht, dann werden wir vor der Hand nichts weiter thun können, als uns mit den schwachen Gesetzesparagraphen zu behelfen, bis die Flinte schießt und der Säbel haut. Wollen Sie das, so verweigern Sie die Waffen, die wir jetzt von Ihnen verlangen. (Beifall rechts.)

Abg. Hasselmann: Hätte der Vorredner seine Rede vor einer Volksversammlung gehalten, er hätte gegen den § 130 verstoßen, denn nach einem Obertribunalsbeschluß wird jede größere Anzahl von Personen, z. B. die socialdemokratische oder nationalliberale Partei, als eine Klasse des Staates angesehen, und einer solchen Klasse sind hier alle möglichen bösen Absichten untergeschoben worden. Im Gegensatz dazu beweisen gerade die Motive zu der Vorlage selbst, daß die Socialisten die Gesetze ausgezeichnet zu beobachten wissen, denn es heißt ausdrücklich, es hätte in den meisten gegen sie angestrengten Processen ihnen auf Grund der jetzigen Fassung des § 130 ein Verstoß gegen die Gesetze nicht nachgewiesen werden können. Weil die Socialisten sich den Gesetzen gefügt haben, so sagt man: wenn man sie auf diese Weise nicht fassen kann, so muß man es auf andere Weise thun, man muß das Strafgesetz ändern. Nun, wir werden auch unter anderen Gesetzen verstehen, unsere Agitation fortzusetzen, wir werden über solche Knüppel nicht fallen. Die Broschüre, aus welcher die Citate verlesen wurden — vielleicht ist es eine solche wie die Stieber'sche, welche nur in Beamtenkreisen verbreitet wird — erinnert lebhaft an die Ammenmärchen, welche den socialdemokratischen Agitatoren auf Schritt und Tritt von Unkundigen entgegengehalten werden. Die Ehe ist die Fessel der freien Liebe, der allgemeinen Theilung des Vermögens u. s. w. seien Grundsätze der Socialisten. Alle diese curiosen Auffassungen tragen zu einem Haß gegen die Socialdemokratie bei, der sich oft geradezu bis zum Blödsinn versteigt. — Der allgemeine deutsche Arbeiterverein ist stets ganz ebenso kosmopolitisch gesinnt gewesen, wie alle Socialdemokraten, der Grund der Trennung vom demokratischen Arbeiterverein war eine abweichende Ansicht über die Organisation. Der hinter dem Staatsanwalt Tessendorf stehenden preußischen Regierung muß ich hier öffentlich meinen Dank dafür aussprechen, daß die bekannten Auflösungen der Vereine so viel zu der Vereinigung in Gotha beigetragen haben. Uebrigens wurde dort gar kein Präsident gewählt; das hätten doch die Polizisten, die sogar durch einen Stenographen unterstützt waren, wissen sollen. —

Alle die aufgezählten „Bearbeiteten" werden nicht der Ansicht sein, daß sie nur zum Darben und Dulden da seien gegenüber dem „schmutzigen Gründergewinn", wie sich nicht ein Socialist, sondern ein Nationalliberaler ausdrückt: wir haben das Recht und die Pflicht zu fordern, daß die Arbeiter nicht dazu verdammt sind, von dem ihnen heutzutage gebotenen kärglichen Tagelohn zu leben, während alles Uebrige in die Tasche der Grundbesitzer und Fabrikanten fließt, sondern daß der Arbeiter, was er schafft, arbeitet. Wir wollen nicht uns gewaltthätig das Eigenthum Anderer aneignen, sondern vernünftige sociale Zustände schaffen, wir kampfen nicht gegen einzelne Personen, sondern gegen die Ungerechtigkeit der Gesellschaft. Identificiren Sie damit den Staat, dann nehmen Sie den § 130 an und erklären Sie damit, daß es kein natürliches Recht giebt, daß Gewalt vor Recht geht, dann lassen Sie die Kanonen auffahren und sehen Sie zu, wie lange Sie sich auf die Bajonnete stützen können. Wir wollen, daß an Stelle der fortwährenden Krisen Gesellschaftsformen treten, die auf productiver Association beruhen; das geht aber nicht anders, als wenn die Fabriken, Instrumente u. s. w. Gemeingut der Genossenschaften sind. Die Idee der Erwerbung der Eisenbahnen durch das Reich entspringt ja vollständig aus dem socialdemokratischen Grundsatze des Staatseigenthums; man wird sich dem nicht entziehen können, dasselbe bei dem Grund und Boden durchzuführen und schließlich wird sich auch die Fabrikation nicht ausschließen können. Mit Camphausen-Achenbach'schen Recepten in Bezug auf die Lohnherabsetzung, ohne die der Klassenhaß vielleicht nicht so wachsen würde, schafft man das sociale Elend nicht aus der Welt. Geschähe dies, dann brauchte man keinen § 130, um den Kanonen vorzubeugen.

Das Recht an dem Ertrag der Arbeit, die Wucherfrage u. s. w. sollen nicht mehr discutirt werden, der § 130 soll alle diese Fragen todt machen, die Immoralität des Eigenthums — an der Börse giebt es ja keine Moral — soll den Socialdemokraten gegenüber vertheidigt werden; die Grundrechte der Gesellschaft würden fortan der Wucher und der Schwindel sein. Gerade wir wollen die Scheinehe und die gesetzlich sanctionirte Prostitution, über welche man heute den Mantel der Liebe deckt, beseitigen. Hamburg und Leipzig setzen sich über die bestehenden Gesetze in dieser Beziehung hinweg und in Berlin ist es soweit gekommen, daß die Besitzer von Ballocalen, Stätten einer feineren Prostitution, über den Polizeipräsidenten hinweg, der sie beschränke wollten, an eine höhere Stelle petitioniren wollten und als Wortführer den Besitzer eines großen derartigen Locals wählten, weil sie glaubten, derselbe hätte nach oben die besten Connexionen. Daß wir dies geißeln, paßt denen nicht, die nicht mit Steinen werfen, weil sie selbst in einem Glashaus wohnen und uns als reisende, die Taschen füllende Agitatoren, in der einen Hand einen Knüppel, in der anderen eine Petroleum-Flasche darstellen. Die rothe Republik, den Communismus und den Atheismus als unser geheimes Programm hinzustellen, dieses Kunststück kann nur ein Polizeiagent oder ein Herr von der Reptilienpresse fertig bekommen haben; vielleicht ist es Herr Braß gewesen. Wenn man einerseits den Atheismus verfolgt, und andererseits Maigesetze giebt, so wird man sich bald statt auf der goldenen Mittelstraße auf einer Scheide befinden. Lasse man doch Jeden nach seiner Facon selig werden, wie Friedrich II., selbst Atheist, gesagt hat. Alles Mögliche dichtet man uns an und häufig sind mir schon Emissäre, die in von der Polizei fabricirten Verschwörungen thätig sind, in den Weg gelaufen; ich habe sie aber immer nach Hause geschickt. Wir stiften das Unheil in der heutigen Gesellschaft nicht, wie der Minister sagte, sondern wir bringen es nur dem Volk zum Bewußtsein und kein Strafgesetz-Paragraph wird uns hindern, das auch in Zukunft zu thun.

Wenn der Minister von den Beamten und Lehrern sprach, auf die die socialistischen Ansichten einen verderblichen Einfluß üben, so spiegelt sich darin recht deutlich nicht nur die Furcht aus, sondern auch eine indirecte Anerkennung der Wahrheit dieser Ansichten. Es ist diese Furcht und indirecte Anerkennung für uns sehr schmeichelhaft und wir acceptiren das Compliment bestens. Die Worte, die der Minister uns vortrug, die englischen Arbeiter suchten ihre unglückliche Lage zu verbessern, den deutschen müsse man erst beweisen, daß sie unglücklich seien; ist vor 13 Jahren von Lassalle ausgesprochen worden. Damals war er gerechtfertigt, heute ist er es nicht mehr. Wenn der Minister heute hier von dem Auffahrenlassen von Kanonen sprach, so ist dieser Wink mit der Krupp'schen Kanone offenbar eine ganz directe und viel größere Aufreizung der arbeitenden Klassen, als sie jemals von einem socialdemokratischen Agitator in einer Volksversammlung vorgebracht wurde. Mögen Sie nun diesen § 130 annehmen oder nicht, wir werden mit derselben Energie wie bisher für die Ausbreitung der socialistischen Gedanken wirken und kämpfen.

Abg. Lasker: Der Herr Minister hat allerdings durch seine Ausführungen dem letzten Redner die breite Grundlage verschafft, auf der er sich bewegt hat: diesen zwei Reden aber noch eine dritte hinzuzufügen, halte ich nicht für nöthig, da hierdurch doch nur schon oft hier im Hause Gehörtes wiederholt werden könnte. Wenn indeß ein Vertreter der Regierung zur großen Mehrheit, ich möchte fast sagen zur Gesammtheit der Vertreter des Volkes, diesen Paragraphen damit motivirt, daß sie in demselben eine Waffe sehe, welche ihr das Kämpfen mit körperlichen Waffen überflüssig mache, so ist doch wohl Grund vorhanden, eine Antwort darauf zu geben. Es genügt nicht nur eine Abweisung dieses Antrages, welche nach den Vorträgen hier im Hause wahrscheinlich ist, sondern man muß auch die Gründe angeben, warum dies geschieht, denn, wenn man in der That die Wahl hätte, entweder mit diesem Paragraphen oder Bataillonen von Soldaten auszumarschiren, so würde wahrscheinlich mindestens neun Zehntel des Hauses die mildere Form dieses Paragraphen wählen.

Wir stehen hier am Anfange der Frage: Bedarf es bei der freien Presse noch der körperlichen Gewalt oder hat dieselbe in sich selbst die Kraft, das Wahre zum Durchbruch zu bringen und das Schlechte zurückzudrängen? Ist man der letzteren Ansicht nicht, so dürfte man überhaupt nicht die freie Presse zulassen. Ist sie aber einmal zugelassen, so ist es Sache des Strafgesetzbuches, diejenige Grenze zu ziehen, wo die allgemein gedachte Gefährlichkeit aufhört und die wirkliche Gefahr für den Einzelnen hervortritt, daß er an seiner Person, seinem Eigenthum u. s. w. geschädigt werde. So sollte die „Anreizung zur Gewaltthätigkeit" die scharfe Grenze ziehen im Gegensatz zu der bloßen subjectiven Aufregung, die durch die Behandlung von Preßgegenständen entstehen kann. Will aber der Herr Minister zu den früheren Dingen hierin zurückkehren, so war heute in der That nicht nöthig, gerade jene Stellen aus socialdemokratischen Blättern hier anzuführen, denn man findet in den Blättern der anderen Parteien gerade so starke Ausdrücke

gegen Einrichtungen der Gesellschaft, als die hier angeführten. Meine Herren! So habe ich Ausführungen gelesen, dahin lautend, daß der Staat und insbesondere die liberale Richtung des Reichstages nur dazu gemacht sei, um den Börsenschwindel zu verdecken. Solche Aeußerungen habe ich in mehreren innerhalb der Parteien geachteten Zeitungen in ganz neuerer Zeit gefunden. Ja, in Blättern der Agrarpartei, deren äußerstes Ende bis an die „Neue Preußische Zeitung" heranreicht, wird man Stellen finden, gegen welche die vom Minister vorgelesenen Stellen ein Kinderspiel an Anreizung sind. Es sind mir solche Blätter erst vor wenigen Tagen zugesandt worden. die „Germania", die „Deutsche Landeszeitung" u. s. w., Blätter, die ich wirklich nicht aufsuche, wenn sie mir nicht aufgedrängt werden. (Heiterkeit.) In dem richtigen Gefühl, m. H., daß die Grenze hier nicht gefunden werden kann, wo das Anreizen anfängt, hat auch die conservative Partei ausdrücklich erklärt, daß sie gegen diesen Theil stimmen werde, und es besteht hierin Einheit beinahe des ganzen Hauses. und nur vereinzelte Mitglieder werden wohl aus besonderen Gründen für diesen Punkt stimmen.

Hiernach scheint es mir, daß allseitig Klarheit darüber herrscht, daß das Mittel, das man vorschlägt, nicht so wirksam sein wird, wie man erwartet. Wir selbst erleben ja hier, daß durch eine richtige und freimüthige Behandlung der Presse und eine freimüthige Besprechung viel mehr Gutes als Nachtheiliges erreicht wird. So pflegte, als die socialdemokratischen Redner für uns etwas Neues waren, ein Stillschweigen einzutreten, sobald einer jener Redner die Tribüne bestieg, und selbst der Reichskanzler hatte nie aufmerksamere Zuhörer, als jeder dieser Redner. Nachdem wir nun diese Reden ihrem Inhalt nach schon viele Male gehört haben, haben wir heute gesehen, wie Privatunterhaltungen gepflogen werden, während die schon so oft gehörten Dinge vorgetragen wurden. Und so ist es auch außerhalb dieses Hauses. Man weiß, wo freie Presse herrscht, daß der Werth der Aeußerungen nur nach seinem wirklichen Inhalt bemessen wird, denn, wahrlich, wenn wir nicht das glauben, daß in der Discussion der wahre Inhalt, der durchdachte Gedanke immer im Vortheil ist gegen bloße Phrasen, so würden wir uns nicht für die freie Presse erklärt haben. Wir fordern deshalb Alle auf, sofern sie nur nicht zu Gewaltthätigkeiten aufreizen, alle ihre Ansichten zu entwickeln, die sie zu entwickeln im Stande sind. Der Kern der Wahrheit darin wird sich dann schon Bahn brechen. Das aber, was sich nicht als wahr erweist, wenn es auch von den Einzelnen vielleicht für richtig gehalten wird, das wird eben den Kürzeren ziehen. M. H.! Sind denn die Socialdemokraten wirklich jetzt so besonders gefährlich, liegt denn jetzt plötzlich eine Bewegung vor, wie von der andern Seite gelehrt wird, die man früher nicht gekannt hat? Wer die Geschichte studirt hat, weiß, daß seit Jahrtausenden über das, was die Leute jetzt verkünden, asiatische und europäische Völkerschaften überall von Zeit zu Zeit gemäß der nach Art der menschlichen Natur sich ansammelnden Unzufriedenheit in Lehre und auch sogar in That sich geäußert haben. Wir sind sogar jetzt in dem Vortheil, daß die Aussprüche, die zur Gewalt ihre Zuflucht nehmen, gegen den Staat nicht mehr so häufig vorkommen, oder doch schneller zurückgewiesen werden, so daß uns also diese allgemeine Furcht nicht mehr beherrscht.

Ich rufe die Herren hier zu Zeugen an, daß Diejenigen, die vor Jahren noch gemeint haben, die socialdemokratische Bewegung sei von unmittelbarer Gefahr für Deutschland, heute hierüber viel geringer denken. (Theilweiser Widerspruch.) Es regt nicht mehr so viel auf, denn das Ding hat den Charakter der Neuheit verloren. Wenn es menschlicher Weisheit möglich gewesen wäre, wie von Jenen angestrebt wird, die Unzufriedenheit der Menschen durch Gesetze oder auch sonst zu entfernen und eine Ordnung aufzustellen, in der die Gleichheit herrschen soll, wie hier angestrebt wird, so zweifle ich nicht, daß dies längst vollbracht worden wäre, denn, daß diese Ansichten jeder Zeit bekannt waren und bei den Unglücklichen immer mit Recht Anklang gefunden haben, das wird Niemand leugnen, der die weltliche und die heilige Geschichte kennt. Aber der innern Natur nach ist der Mensch darauf angewiesen, daß er von der ursprünglichen Ungleichheit der menschlichen Gesellschaft nach und nach sich herausbildet und immermehr derjenigen Gleichheit entgegenstrebt, welche jeder ideale Mensch vor Auge hat. Diese Bewegung werden wir nicht zurückhalten und sie wird nicht gefördert werden können durch willkürliche Agitationen, sondern durch die Verbesserung der Menschen vom Haupt bis zum Herzen, eine Bewegung, von der ich glücklich sein würde, wenn ich nur die Sicherheit hätte, daß sie auch nur in absehbaren Jahrhunderten zum Abschluß kommen würde, die aber, wie ich aus der Geschichte überzeugt bin, zu jeder Zeit ihre Fortschritte macht und das Loos der Menschen verbessert. Ich weise den Gedanken ganz zurück, der im Namen der Religion oder der Philosophie eine gesellschaftliche Ordnung predigt, wonach bestimmte Menschen immer verurtheilt sein müßten, ein unglückliches Leben zu führen, andere dagegen sich beständig eines glücklichen Lebens erfreuen können. Der menschliche Fortschritt besteht, denke ich, gerade darin, daß de Kreis der Menschen, welche sich in den Gütergenuß des Lebens theilen, sich fort und fort erweitert.

Das wird freilich nur durch ernste Arbeit erreicht, nicht durch leicht entworfene Reden oder dadurch, daß man den Menschen nur zeigt, wie unglücklich sie sind. Unsere Aufgabe ist es vielmehr, die Menschen darauf hinzuweisen, welcher Genüsse man fähig ist, wenn man die weltlichen Dinge nicht ganz äußerlich und lediglich von dem oberflächlichsten Genußstandpunkt auffaßt. Darum eben verlangen wir freie Discussion. Jeder komme her und schütte sein Herz aus, die Klagen sollen offen geführt werden, sonst können wir sie nicht widerlegen. Verdienen die Zustände nicht fortzubestehen, so sind wir im Stande, durch die Macht der Logik zu zeigen, daß wir trotz des besten Willens nicht helfen können und dann besteht keine Gefahr für die Gesellschaft; soll etwas Anderes an die Stelle der unhaltbaren Zustände gesetzt werden, so soll Jeder im Volke an seinem Theile mitwirken, und dazu bedürfen wir wiederum der freien Discussion. Hoffentlich kommen wir auf diesem Wege noch dahin, daß die Herren von der socialdemokratischen Partei sich überzeugen, daß sie Besseres leisten, wenn sie ernstlich dazu mitwirken, auch nur den kleinsten Fortschritt herbeizuführen, als wenn sie mit Worten ungeheure Fortschritte versprechen und wirkliche Fortschritte verhindern. (Sehr gut!) — Glaubt denn die Regierung, durch den vorliegenden Paragraphen wirklich die freie Bewegung einzudämmen, welche wir bei uns eingeleitet haben durch die Freiheit der Presse, das Versammlungsrecht und namentlich das allgemeine gleiche Wahlrecht? Gerade deshalb war mir dieses von der conservativen Seite entgegengebrachte gleiche Wahlrecht sympathisch, weil wir damit die Verpflichtung übernahmen, durch Erziehung und gemeinsame Discussion alle Bürger zu der Stufe zu erheben, auf welcher sie im Stande sind, die ihnen in die Hand gegebenen Waffen des Geistes, das Stimmrecht, auch ohne Schaden für die Gesellschaft zu gebrauchen. Beschränken Sie diese gemeinsame Discussion, so haben Sie die Gefahr nicht vermindert, sondern erheblich vergrößert. Das einstimmige Votum des Hauses gegen die vorliegende Bestimmung wird den Beweis liefern, daß wir die Alternative: Annahme des Paragraphen oder Möglichkeit des Bürgerkrieges nicht als richtig anerkennen; denn höher würde das Haus sonst nicht eine Bestimmung zurückweisen, die mit einer solchen Wunderkraft begabt ist, wie der Herr Minister uns geschildert hat. Es bleibt nur noch der zweite Theil.

Die Institute der Ehe, des Eigenthums und der Familie sollen nicht angegriffen werden dürfen. Es ist nicht richtig, daß ich — wie der Abg. von Puttkamer meint — nur die wissenschaftliche Erörterung dieser Frage hätte ausnehmen wollen, sondern ich habe das juristische Räthsel aufgegeben, eine Schrift zu entdecken, in der das Eigenthum an sich, die Ehe an sich angegriffen wird. Alles, was vorgelesen werden kann, hat nicht entfernt diese Bedeutung, selbst der Mormonismus ist kein Angriff auf die Familie, und beim Eigenthum ist es ganz außer Zweifel, daß wir fortwährend in der Discussion begriffen sind, welches Institut des Eigenthums am besten sei. Fällt der Versuch, der in England gemacht wird, dem Eigenthümer einen Theil seines Grundbesitzes zu Gunsten des Pächters zu entziehen, unter den § 130? Antworten Sie „Ja", so haben Sie in der That die freie Discussion jedes wirthschaftlichen Fortschrittes abgeschafft. Antworten Sie aber „Nein", dann weiß ich nicht, was dieser Paragraph bedeuten soll. Wenn mit so leichten Waffen die Socialdemokratie niederzuhalten ist, dann braucht kein Mensch Furcht vor ihr zu haben. Wir haben erklärt, wir wünschen nicht, bei den Angelegenheiten der Presse auf jene Unbestimmtheiten zurückzukommen, die das Eigenthümliche haben, daß sie ein weites Netz ausspannen, um gewisse grobe Körper aufzufangen, die feinen aber durchzulassen. Würden wir diesen Paragraphen wirklich für eine Vertheidigungswaffe gegen Umsturzpläne der Gesellschaft gehalten haben, so hätten wir ihn wahrscheinlich fast einstimmig angenommen. So aber können wir eine solche Strafbestimmung nicht annehmen, weil sie keine Wirkung haben und nicht von juristisch wirksamem Inhalte sein würde. (Lebhafter Beifall.)

Bundesbevollmächtigter Graf zu Eulenburg: Ich muß mich gegen den dualistischen Standpunkt wenden, den der Vorredner einnahm in Bezug auf die Wirkung der freien Discussion in Presse und Vereinen auch bei der socialistischen Bewegung. Wie können Sie denn die Wirkung überhaupt nur gleichstellen wollen, die ausgeübt wird, wenn Herr Hasselmann hier auf dieser Tribüne, oder wenn er in einer Volksversammlung, etwa auf Tivoli, eine zwei Stunden lange Rede hält. Dort geht die Masse, die überhaupt schwer einem Gedankengange zu folgen im Stande ist, mit dem erregten Gefühle und der Ueberzeugung fort, ich habe jetzt meinen Evangelisten gehört und ich lasse mich todtschlagen für das, was der Mann auseinandergesetzt hat. Von einem Urtheile ist da gar nicht die Rede, es wird eben blindlings gefolgt, es mag gesagt werden, was will. Und die Presse dieser Herren, die socialistischen Zeitungen und Schriften und Gedichte, die werden alle wirklich in das Haus, in die Familie, an den Tisch des Arbeiters hineingebracht und nur solche Blätter und Schriften und keine anderen. Der Droschkenkutscher muß am Tage seinen „Socialdemokrat" lesen und der Arbeiter, wenn er Abends nach Hause kommt, muß zuerst rufen: wo ist mein „Socialdemokrat" oder mein „Volksstaat", damit ich weiß, wie ich mich bei meiner Arbeit zu verhalten habe. Es wird in all' diesen Kreisen und Schichten eben nur dies eine socialistische Blatt gelesen und darauf wird geschworen.

Abg. Reichensperger (Crefeld): Die Mittheilungen des Ministers haben allerdings auf mich einen Eindruck gemacht und derselbe wäre ein noch stärkerer gewesen, wenn ich nicht schon früher hier im Hause und außerhalb desselben Aehnliches, ja noch Stärkeres, z. B. die offene Verherrlichung der Pariser Commune, hätte hören müssen. Ich verschließe mich den Gefahren, welche die Verbreitung derartiger Aeußerungen in sich schließt, keineswegs und stehe auch dem Standpunkte des Ministers Grafen Eulenburg gar nicht so fern, dennoch aber kann ich mich mit dem Paragraphen, wie er hier vorgeschlagen worden, nicht einverstanden erklären. Ich weiß, daß meine Opposition für mich nicht ganz so ungefährlich ist, wie für den Abgeordneten Lasker, denn die Fabel von dem Bündniß der rothen und schwarzen Internationalen ist ja bekannt. Indessen durch längeren Aufenthalt in Parlamenten gewinnt man nach und nach eine außerordentlich dicke Haut und gewöhnt sich an derartige Beschuldigungen, die mich wenigstens nicht abhalten, zu stimmen, wie es mein Gewissen vorschreibt. In Bezug auf die Harmlosigkeit der hier gekennzeichneten Preßproducte stimme ich mit dem Abgeordneten Lasker nicht ganz überein, ich bin aber der Meinung, daß wir ihnen mit diesem Paragraphen nicht beikommen können; daß wir, um einen Erfolg zu erzielen, die Censur wieder herstellen müssen, und daß auch diese auf die Dauer nicht nachhaltig wirken würde. Mit diesem Paragraphen aber würden wir nur einen neuen dehnbaren Thatbestand in unser Strafgesetzbuch einführen und damit die Zahl der Tendenzprocesse vermehren. (Zustimmung im Centrum.) Käme es auf die Gefährlichkeit der hier in Rede stehenden Handlungen an, so müßte die Gefährdung nicht des Friedens sondern der Moral mit Strafe bedroht werden, weil eben auf der Moral der öffentliche Friede beruht.

Wir wissen, ein wie neues Institut für viele Theile Deutschlands die Civilehe ist. Nach diesem Paragraphen müßte der Staatsanwalt gegen jeden einschreiten, der die Civilehe im Prinzip verwirft. Viel gefährlicher und schädlicher ist das Untergraben der Heiligkeit der Ehe, wie es auf unseren Bühnen und nicht nur in Berlin betrieben wird. Kommen Sie in die kleinsten Provinzialtheater, Sie finden nichts als französische Vaudevilles und die anderen widerlichen Pariser Stücke, in denen der gefoppte Ehemann die komische Person ist. Nehmen Sie dazu die Bilder, die in den Läden ganz ungenirt ausgestellt werden, die nackten Frauenzimmer u. dgl. (Heiterkeit), denen Sie mit diesem Paragraphen sicher nicht beikommen werden, und die die öffentliche Moral auf's Aeußerste gefährden. Die Regierung hofft auch gegen den Atheismus eine Waffe zu erhalten — aber dann müßten wir gegen Jeden einschreiten, der das Dasein des persönlichen Gottes leugnet, und da wären wir bald in Conflict mit dem, was man moderne Wissenschaft nennt. Nur durch die Erhaltung des christlichen Sinnes, durch die Pflege der christlichen Tugenden im Volke, nicht aber durch Strafbestimmungen, wird man die Gefahren des Socialismus paralysiren und dem drohenden Ausbruch blinder Leidenschaft vorbeugen könen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. Bamberger: Ich freue mich, daß die Replik des Ministers gegen den Abgeordneten Lasker hier im Hause erfolgte und nicht in amtlichen Blättern etwa geschah; sie hätte vielleicht dahin gelautet: Herr Lasker und die ganze liberale Partei leidet an dem Uebel des blinden Idealismus, der nicht weiß, in welchen Gefahren das Staatswesen sich befindet. Meinem Freunde Lasker wird vielfach ein zu großer Idealismus und eine zu optimistische Lebensanschauung vorgeworfen; und ich selbst kann, so weit ich nicht mit ihm übereinstimme, darüber zu seiner Beruhigung den Spruch eines berühmten Staatsmannes citiren: Nur die Optimisten schaffen Großes in in der Welt, die Pessimisten bilden nur die Zuschauer darin. Aber ich muß doch constatiren, daß in dieser optimistischen Anschauung in Bezug auf die Bedeutung und die Ziele der Sozialdemokratie zwischen ihm und mir, und ich weiß das Gleiche von einer sehr großen Zahl der liberalen Partei, ein sehr wesentlicher Unterschied besteht. Ich meine, daß in der That mit der sozialistischen Bewegung in Deutschland ernsthafte Gefahren verbunden sind. Es fragt sich nur, wie ist der richtige Weg einzuschlagen, um diesen Gefahren zu begegnen. Ja ich erkläre sogar, daß in Deutschland diese Gefahren viel stärker sind, als in irgend einem Staate der Welt, weil die ganze gesellschaftliche Complexion der Deutschen dergleichen idealen Anschauungen mehr Vorschub leistet, als die irgend eines anderen Staates. Dazu kommt vor Allem der schwerwiegende Umstand, daß in keiner Nation der Welt die sozialistischen Anschauungen so tief auch in gebildete Kreise, ja leider auch in Kreise der Gelehrten, in die Hörsäle der Wissenschaft und der Universitäten eingedrungen sind wie in Deutschland. Ja ich führe nur als Beispiel an, daß kein Parlament der Welt eine so große Zahl sozialdemokratischer Mitglieder hat. Der Minister des Innern und die Bundesregierung mögen also überzeugt sein, daß wir alle darüber einig sind, die untersten Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft unbedingt aufrecht zu erhalten. Es war ganz gewiß höchst überflüssig, und ich muß es dem Minister zum großen Vorwurf machen, daß er es für nöthig gefunden hat, uns in einer solchen Breite Dinge mitzutheilen und uns Aufklärungen zu geben, die wirklich Gemeingut jedes Gebildeten sind. (Sehr wahr! links.)

Der Minister scheint wirklich gemeint zu haben, daß wir Alle hier noch nie etwas von Socialismus gehört und gelesen, daß wir überhaupt keine andere Zeitung lesen als etwa die „Magdeburger"- und die „Augsburger Allgemeine"; er hat bei uns in dieser Beziehung auf einen Stand der Unschuld und Unkenntniß geschlossen, der wirklich nur seine eigene kindliche Unschuld und sein eigenes Wissen in dieser Sache charakterisirt. (Sehr richtig! links.) Wenn der Minister, der heute zum ersten Male unter uns im Reichstag erschienen ist, in seiner Antrittsrede uns solche Kindergeschichten erzählte, so ist er wirklich vollständig irre gegangen. Er hätte sich diese ganze Abrechnung und Citate aus dem „Neuen Social-Demokrat" wohl sparen können. Wir kennen diese Dinge auch einigermaßen und ich lese nicht nur die deutschen, sondern auch ausländischen socialistischen Organe. — Ich bin also nicht der Ansicht des Abg. Lasker, daß wir uns allein darauf verlassen sollen, daß bei freier Discussion die Wahrheit schon von selbst siegen werde. Dazu ist das Reich der Lüge doch zu groß und mächtig. Die grauenhaften Vorgänge beim letzten Commune-Aufstand in Frankreich haben es deutlich genug bewiesen, bis zu welchem Grad von Fanatismus der Klassenhaß anwachsen kann. Aber mit solchen Altweibermittelchen, wie es die hier vorgeschlagenen sind, werden Sie gegen diese Gefahr so wenig etwas ausrichten, wie das Napoleonische Regime mit seinen kleinlichen Mitteln der Beschränkung der Preß- und Versammlungsfreiheit. — Wie steht es mit der socialistischen Bewegung in England? Dort erfreut sich die Presse eines Maßes von Freiheit, von der wir hier gar keinen Begriff haben. Ein Richter, der dort einmal einen socialistischen Agitator verurtheilt hat, wird in den Blättern dieser Partei ein Dummkopf, ein Esel, ein miserabler Kerl genannt. Und droht die Gesellschaft darum unterzugehen? Das fällt ihr gar nicht ein. Im Gegentheil, sie wird in ihrem Bestande durch solche Preßleistungen geradezu gestärkt. Den besten Beweis der Schwäche der socialistischen Partei, wenn man sie frei walten läßt, liefert die Schweiz.

Dieses Land war Jahre lang der Zufluchtsort der ultrarevolutionären Elemente, einige Cantone, wie Zürich, haben sich eine geradezu radikale Verfassung gegeben. Man sollte danach annehmen, daß die Schweiz ein wahrer Heerd der socialistischen und communistischen Bewegung gewesen. Was hat nun die Selbstzählung der socialistischen Arbeiterpartei in der Schweiz ergeben? 13,000 Köpfe, das war das ganze Contingent, was die Partei aufbringen konnte. Ich meine, alle menschliche Erfahrung und eigenes Nachdenken zeigt, wie unverhältnißmäßig gering der Nutzen ist, den wir von der vorgeschlagenen Strafbestimmung zu erwarten haben, wie unendlich groß aber der Schaden wäre, wenn wir mit einem solchen Paragraphen die untersten Grundlagen der Reichsverfassung zerstückeln, und die Preßfreiheit, die Lehrfreiheit — welche freilich Herr Reichensperger nicht liebt — in ihren Principien zerstören. (Beifall links.) Ich muß aber hierbei auch der Haltung der nationalgesinnten conservativen Parteien Deutschlands einen schweren Vorwurf machen. In keinem Lande der Welt birgt nämlich der Socialismus größere Gefahren in sich, als gerade in Deutschland, wo gerade die conservativsten Parteien mit dem Feuer des Socialismus am meisten spielen. Schon der Abgeordnete Lasker hat auf die Leistungen der Preßorgane dieser Partei hingewiesen. Allerdings gehen von diesen Organen täglich Angriffe gegen die untersten Grundlagen unserer Gesellschaft aus, welche das politische Leben aufs Tiefste schädigen und über die die Partei selbst erröthen müßte. (Zustimmung links.) Ich habe lange Jahre in Frankreich gelebt, ohne daß mir je dort eine solche Parteitaktik vorgekommen wäre. Der einzige, der damals gegen die gegnerischen Parteien Pamphlete schrieb, war ein gewisser Jacquot, genannt Mirecourt, aber was er schrieb, war ein Panegyrikus gegenüber den Artikeln der „Kreuzzeitung", der „Germania", der „Eisenbahnzeitung" oder der „Landes-Zeitung". (Zustimmung links.)

Der eingetretene Zustand ist geradezu gemeingefährlich für den politischen Beruf. So sehr Einem auch im politischen Leben das Fell gegerbt wird, man ermüdet schließlich gegenüber den schnödesten und gemeinsten Angriffen dieser Preßcrapüle. Was soll ich mit einem Kerl machen, der mir vorwirft, ich sei für die Goldwährung eingetreten, um sie für Börsen-Operationen auszunutzen? Soll ich ihm meine Geschäftsbücher vorlegen, um die Verleumdung zu widerlegen? Solcher Canaille gegenüber ist man natürlich wehrlos. Man wirft unsern Kaufleuten vor, daß sie nicht auf der Höhe unserer politischen Situation stehen, kann man es ihnen aber verdenken, daß sie der ehrabschneidenden Kritik gegenüber, der ihre Thätigkeit ausgesetzt sein würde, lieber auf die Theilnahme am politischen Leben verzichten? Die conservativen Pateien sind wenigstens negativ an solchen Zuständen mitschuldig, weil sie sich in dieser Weise vertheidigen lassen. (Zustimmung links.) Nicht wahr, es ist recht klug, um die Ackerkrume zu schützen, die Habgier und den Haß der besitzlosen Klassen auf das bewegliche Capital zu lenken! (Sehr gut! links). In keinem Lande, weder in Italien, noch in England und Frankreich ist ein solches Manöver Seitens der conservativen Parteien versucht worden.

Der Präsident constatirt, daß er bisher angenommen, der Redner habe nicht von den conservativen Parteien innerhalb dieses Hauses gesprochen, sonst hätte er gegen einzelne Aeußerungen desselben einschreiten müssen.

Abg. Bamberger (fortfahrend): Ich bewege mich ganz auf dem Gebiete der Frage; denn ich weise den Vorwurf des Ministers zurück, daß die liberale Partei einem falschen Idealismus huldige, wo die conservative Partei selbst in ihren Organen den öffentlichen Frieden untergräbt. Ich gehe nun über zu der Partei, bei welcher die Religion vorwiegend den Maßstab des politischen Verhaltens abgiebt. Ich glaube, sie treibt ein gefährliches Spiel, indem sie mit den Parteien der äußersten Linken compromittirt und kokettirt. (Ruf im Centrum: Wo?) Hier und in Mainz zum Beispiel. Ich berufe mich auf Herrn Bebel, der selbst dort gewesen. Ich habe — und zwar lediglich als Agitationsmittel gegen den Liberalismus — von strengorthodoxen Priestern socialistische und communistische Sätze vernommen, daß man darüber staunen mußte. Ich mache endlich auf das Treiben auf unseren Hochschulen aufmerksam, wo socialistische Gelehrte Stichwörter, wie Mammonismus, aufgebracht und das von Herrn Hasselmann wiedergegebene Bild vom Schlotjunker erfunden haben, der über seinen Arbeiter sitzt, wie einst der Raubritter über seinen Hörigen. M. H., in so unreifer, grüner Verblendung wird das akademische Lehramt betrieben; und das Uebel nimmt zu, je mehr ein Theil unserer Universitäten sich zu Kleinkinderbewahranstalten ausbildet. (Heiterkeit.) Ist man doch in den deutschen Universitäten der Schweiz bereits dazu gelangt, Professoren von 22 Jahren anzustellen. Ich mache den Regierungen daraus keinen Vorwurf, ich glaube, es ist bereits ein Symptom besserer Einsicht, daß nach dem publicistischen Kampfe zwischen Herrn von Treitschke und seinem kathedersocialistischen Gegner Ersterer einen Orden dritter Klasse, der Socialist aber nur einen Orden vierter Klasse erhalten hat. (Große Heiterkeit.) Ich beschwöre Sie bei allen unseren höchsten Gütern, bei all' dem Theuren, das Sie erhalten wollen, nehmen Sie sich ein Exempel an dem, was die Commune der Civilisation gekostet hat. Die französische Vertheidigung in Paris hat die Commune groß gezogen, wie es die conservativen Kreise thun. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Freiherr v. Maltzahn-Gültz: Der Herr Vorredner hat bei diesem Paragraphen einen Angriff gegen die conservativen Parteien gerichtet, ich bin aber seinem interessanten Vortrage nicht aufmerksam genug gefolgt und muß daher die sachliche Entgegnung bis zu dem Erscheinen des stenographischen Berichtes verschieben. Eine Aeußerung ist mir aber im Gedächtniß geblieben, der Herr Abgeordnete Bamberger behauptete, daß aus den Reihen der conservativen Parteien ihm und seinen politischen Freunden persönliche Rücksichten unterstellt wurden, sobald sie hier über eine Frage wirthschaftlicher Natur abstimmten. Ich fordere den Abgeordneten auf, mir Namen von Personen aus den Reihen unserer Partei zu nennen, von denen so verfahren worden ist. Werden aber aus dem Lande dergleichen Angriffe gegen ihn und seine Partei gerichtet, so gebe ich ihm den guten Rath, wenn er ein gutes Gewissen hat, dann mag er die Leute reden lassen. Sachlich kann ich mich auf die Ausführungen des Abg. v. Puttkamer beziehen und Ihnen unser Amendement zur Annahme empfehlen.

Abgeordneter Dr. Lucius (Erfurt): Der Herr Abgeordnete Bamberger hat von conservativen Parteien gesprochen, wenn auch mit der Einschränkung, welche der Herr Präsident schon constatirt hat, daß nicht die Parteien hier im Hause gemeint seien. Ich muß jedoch in Anbetracht der Wirkung, welche seine Aeußerung im Lande hervorrufen wird, gegen Angriffe so allgemeiner Natur ausdrücklich protestiren. Nie ist selbst von socialdemokratischer Seite so agitatorisch verfahren worden. Ich weise für mich und meine politischen Freunde (Ruf links: Auch für Wagener?) die Angriffe mit Indignation zurück, ebenso die Beschuldigung, daß wir in einer Verbindung mit der Socialdemokratie ständen. Wenn man in improvisirter Weise an einen Paragraphen so tendenziöse Reden anknüpft, so fördert das weder die sachliche Verständigung, noch trägt es dazu bei, die Achtung vor dem Reichstage zu erhöhen. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst: Es kommt mir so vor, als ob wir uns auf allen Seiten unnöthig erhitzt hätten. Es handelt sich um die Discussion über einen bestimmten Paragraphen, ob derselbe criminalistisch zu rechtfertigen sei. Daß derselbe juristisch unhaltbar sei, kann Niemand besser nachweisen, als es der Abg. Lasker gethan hat. Die Darlegung des Herrn Ministers über die Gefährlichkeit der Socialdemokratie wäre zu anderer Zeit besser am Platze gewesen und gehört nicht hierher. Wenn die Regierung keine anderen Mittel hat und die Socialdemokraten wirklich gefährlich sind, dann behüte mich Gott. (Heiterkeit.) Die Politik Preußens in wirthschaftlicher und kirchlicher Beziehung ist es gerade, welche die Anfangs schwache Socialdemokratie täglich nährt. (Zustimmung im Centrum.) Der Abg. Bamberger hat sich beschwert über die Angriffe, welche von den conservativen Parteien täglich gegen ihn gerichtet werden, dann merkt er doch wenigstens, wie es schmeckt, täglich angegriffen zu werden. Ich verwerfe solche Angriffe absolut; alles was über die Erörterung der Thatsachen hinausgeht, ist vom Uebel, hier wie in der Presse. Das ist mein Urtheil auch über die „Germania", falls sie diese Grenze überschritten hat. Wenn man aber Thatsachen erörtert und aus dieser Erörterung fallen unangenehme Schlaglichter, so ist das nicht die Schuld desjenigen, der die Erörterungen anstellt, sondern derjenigen, welche die Thatsachen machen. Der Abg. Bamberger glaubt, daß von unserer Partei die Socialdemokratie großgezogen werde. Der Herr, welcher behauptet, daß er alle socialistischen Schriften lese, hätte merken müssen, daß die Socialdemokraten die Fülle ihrer Pfeile gegen die katholische Religion richten, das haben ihre Führer neulich erst erklärt. Der Abg. Bamberger hat auch keine Thatsache als Beweis für seine Behauptung beibringen können. Er hat die Wahl des Abg. Moufang in Mainz angeführt und gesagt, derselbe sei von unserer Partei gemeinsam mit den Socialdemokraten gewählt worden. Wenn das so ist, so ist es mir sehr angenehm. (Heiterkeit.)

Daraus folgt nun aber nicht, daß die socialdemokratischen Wähler alle Anschauungen des Abg. Moufang theilen, wohl aber, daß sie überzeugt sind, die katholische Geistlichkeit beschäftige sich sehr eingehend, allerdings in anderem Sinne als es heute Mode ist, mit der socialen Frage. Im Gegentheil, die Grundsätze, welche Sie vertheidigen, sind die Grundbasis der socialdemokratischen Lehren. (Zustimmung im Centrum.) In den Programmen Ihrer Partei vom Jahre 1848 werden Sie alle die Postulate finden, welche heute der Herr Minister als Programm der Socialdemokraten verlesen hat; das sind die consequenten Kinder von Ihnen. (Heiterkeit.) Allerdings hat Sie Ihre Regierungsfreundlichkeit von den letzten Consequenzen zurückgehalten und wenn es dem Fürsten Bismarck einmal einfallen sollte, sich mit den Socialdemokraten zu liiren, so würden diese auch viel zahmer sein. (Heiterkeit.) Wir haben ein gemeinsames Interesse, die irrigen Lehren der Socialdemokratie zu bekämpfen, es kommt nur darauf an, wie das geschehen soll. Ihren Thaten muß man mit den Strafgesetzen entgegentreten, wo sie aber den Weg der Discussion wählen, muß man mit ihnen discutiren und sie aufzuklären suchen. Unbestimmte Paragraphen, womit man nur den trifft, den man treffen will, die anderen aber laufen läßt, halten nicht, sondern vermehren nur die Erbitterung. Auf dem Gebiete der socialen Wissenschaften kann man irrige Lehren nicht besser bekämpfen, als indem man studirt, in welchem Punkte sie Recht haben. Ich bekenne mich in dieser Beziehung zu der Theorie des Bischofs Ketteler, dem man in trivialer Weise Socialismus vorwirft. (Beifall im Centrum.)

Man muß Alles thun, was denkbar ist, um den arbeitenden Klassen Hilfe zu bringen. Denn darüber dürfen wir uns nicht täuschen, daß an der Zunahme der socialdemokratischen Anhänger auch Schuld ist die Noth der Zeit, welche die Herren vom Capital allerdings nicht merken. Ich gebrauche diesen Ausdruck mit Absicht, denn der Abg. Bamberger hat uns denselben mehrfach ins Gesicht geschleudert. Seine Rede war der leidenschaftliche Planegyricus des Capitals gegen den Grundbesitz. (Beifall im Centrum und rechts.) Wenn die Regierung sich machtlos fühlt der Socialdemokratie gegenüber, dann kann ich nur sagen: Fahrt wohl auf Eurem Wege. (Beifall im Centrum.)

Die Debatte wird hiermit geschlossen.

Abg. Bamberger bemerkt persönlich, daß er kein Wort gesagt habe, oder habe sagen wollen, welches ein Mitglied oder eine Partei, insbesondere die freiconservative Partei des Hauses verletzen könne. Er habe nur von Blättern, wie die „Kreuzzeitung", die „Germania", die „Deutsche Landeszeitung" gesprochen und den Parteien vorgeworfen, daß sie sich nicht genug dagegen wehren, daß sie durch derartige Organe compromittirt werden, welche

in ihrem Namen zu sprechen vorgeben. Uebrigens sei eine gewisse Irritation sehr natürlich, wenn man sich seit Jahren bei den reinsten Bestrebungen beständig den niedrigsten Verdächtigungen ausgesetzt sehe.

Bei der Abstimmung wird sowohl das Unter-Amendement Krüger (Hadersleben) als der Antrag v. Seydewitz mit sehr großer Majorität verworfen (für denselben erheben sich nur etwa 12 Mitglieder) und hierauf die Regierungsvorlage einstimmig abgelehnt.

Um 5½ Uhr vertagt sich das Haus bis Freitag 11 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Berathung.)

Berlin, 27. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Kreisbaumeister Reuße zu Wolfhagen, dem Rechnungs-Rath a. D. Malachowitz zu Münster und dem Regierungs-Secretär Ober zu Potsdam den Rothen Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König hat den Hülfsdecernenten für Maschinenbau in der Admiralität, Admiralitäts-Rath Gurlt, zum Marine Maschinenbau-Director und den Marine-Maschinenbau-Director Bauck zum Hülfsdecernenten in der Admiralität unter Verleihung des Charakters als Admiralitäts-Rath ernannt.

Se. Majestät der König hat dem Premier-Lieutenant a. D. Max von Plötz hierselbst die Kammerjunker-Würde verliehen; die Landgerichts-Räthe Hoffsümmer in Düsseldorf, Schniewind in Coblenz und Potthoff in Elberfeld zu Appellationsgerichts-Räthen bei dem Appellationsgerichtshofe in Köln, den Kreisgerichts-Rath Nereschko zu Königsberg i. Pr., zum Appellationsgerichts-Rath bei dem Appellationsgericht in Marienwerder, den Stadtgerichts-Rath Chales zu Königsberg i. Pr. zum Appellationsgerichts-Rath bei dem Appellationsgericht in Posen, den Kreisgerichts-Rath Rintelen in Altenkirchen zum Appellationsgerichts-Rath bei dem Appellationsgericht in Stettin, und die Kreisgerichts-Räthe Neumann in Berlin und Müller in Stettin zu Appellationsgerichts-Räthen bei dem Appellationsgericht in Glogau; sowie den Gymnasial-Oberlehrer Heinrich Menge in Coblenz zum Gymnasial-Director ernannt; dem Eisenbahn-Secretär Dittrich beim Eisenbahn-Commissariat zu Breslau den Charakter als Rechnungs-Rath; und dem Appellationsgerichts-Kanzlisten, Kanzlei-Secretär Berg in Hamm bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Kanzlei-Rath verliehen.

Der Königlich bairische Polizei-Anwalt Friedrich Herberger zu Dürkheim ist zum Notar für den Landgerichtsbezirk Zabern mit Anweisung seines Wohnsitzes in Pfaffenhofen ernannt.

Dem Gymnasial-Director H. Menge ist die Direction des katholischen Gymnasiums in Glogau übertragen worden. Die bisherigen commissarischen Kreis-Schul-Inspectoren August Wolf in Daun und Carl Schäfer in Saarburg sind zu Kreis-Schul-Inspectoren im Regierungsbezirk Trier ernannt worden. — Der Königliche Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspector Monscheur zu Kattowitz OS. ist nach Bromberg versetzt und mit den Functionen als Vorsteher einer Abtheilung des technischen Bureaus der Königlichen Direction der Ostbahn daselbst betraut worden. Der Königliche Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspector Julius Ernst Westphal zu Bromberg ist in gleicher Amtseigenschaft zur Oberschlesischen Eisenbahnverwaltung mit Anweisung des Wohnsitzes in Kattowitz versetzt worden. Der bisherige Baumeister Emil Stödtner zu Warburg ist als Königlicher Kreisbaumeister daselbst angestellt worden.

Berlin, 27. Jan. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen heute im Beisein des Gouverneurs und des Commandanten von Berlin militärische Meldungen und darauf den Vortrag des Kriegsministers, Generals der Infanterie, v. Kameke, und des General-Majors v. Albedyll entgegen. Später empfingen Se. Majestät den Staatsminister a. D. Freiherrn von Manteuffel. (Reichs-Anz.)

Berlin, 27. Januar. [Der Verleumdungs-Proceß gegen den Redacteur der „Deutschen Eisenbahn-Zeitung" II.] Die Sitzung wird um 10 Uhr durch den Stadtgerichts-Director Reich eröffnet. Sämmtliche Zeugen werden zuvörderst vorgeladen und über die Generalien gefragt; es fehlen u. A. Geh. Rath von Bleichröder, der Geh. Rath Reinhardt, Geh. Rath Scheele. Abg. Lasker ist auf Nachmittag vorgeladen. Auf dem Gerichtstisch werden die dickleibigen Geschäftsbücher der Rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft niedergelegt. Der erste Zeuge, Justizrath Riem, giebt eine detaillirte Geschichte der Rumänischen Bahn. Im Jahre 1868 reichten Strousbergs Geldmittel nicht mehr aus, um seinen Verpflichungen gegen die rumänische Regierung nachzukommen. Damals übernahm Zeuge die Vertretung der rumänischen Regierung. Ende 1873 übernahm die Actien-Gesellschaft, bestehend aus dem Hause Bleichröder und der Disconto-Gesellschaft die Bahn, und auf Wunsch des Ministers Rosetti trat Zeuge in den Verwaltungsrath der Gesellschaft ein. Die rumänische Regierung setzte um so mehr Vertrauen in ihn, als er, jahrelang Mandatar der rum. Regierung, sich stets gegen Strousberg und dessen Verhalten ausgesprochen hatte. Ehe eine Anleihe von der Actien-Gesellschaft creirt werden konnte, mußten Baarmittel geschafft werden, die vorschußweise von Bleichröder und der Disconto-Gesellschaft geleistet wurden. Die Gesellschaft legte darauf zur Zeichnung 23 Millionen Thaler Stamm-Prioritäten zu 8 pCt. Zinsen mit absolutem Vorrecht auf, trotz der günstigen Chancen wurden die Actien nur in geringem Umfange gezeichnet, 12 Millionen Thaler davon wurden vom Hause Bleichröder und der Disconto-Gesellschaft übernommen. Nachdem die preußische Regierung der Gesellschaft die Concession zur Ausgabe von Prioritäts-Obligationen verweigert und nach Ablehnung der rumänischen Regierung, übernahm die österreichisch-französische Staatsbahn mit den Betrieb der rumänischen Eisenbahnen. Dieselbe schoß den Rest der nothwendigen Summen gegen Verpfändung vor. — Auf die Frage des Vorsitzenden, was Zeuge von dem vom Angeklagten erhobenen Vorwurfe wisse, daß die Gesellschaft mit sträflichem Leichtsinn von Strousberg die Bahn viel zu theuer erworben habe, erwiderte Zeuge: Er habe persönlich sehr lange mit Strousberg die betreffenden Verhandlungen geführt. Die Lage der Dinge war eine so schwierige bei den in Rumänien herrschenden Verhältnissen, daß Strousberg selbst nicht in der Lage war anzugeben, was er schuldig sei und was er zu fordern habe. Damals herrschten so heilleise Zustände bei der Rumänischen Eisenbahn, daß Niemand im Stande war, auch nur annähernd den Werth derselben anzugeben. Er habe damals den Rath ertheilt, zu retten, was noch zu retten sei, und von Strousberg zu nehmen, was er offerirte. Es war periculum in mora. Die Actiengesellschaft mußte sich schnell constituiren und ihre Eintragung in das Handelsregister rasch bewerkstelligen, um nicht durch einen Beschluß der rumänischen Kammern die Confiscation der rumänischen Bahnen aussprechen zu lassen. Ueber seinen Rath befragt, habe er erklärt, daß das Ganze nichts weiter als ein Lotteriespiel sei; was man von Strousberg erhalte, sei rein gewonnenes Geld. Der Angeklagte hat dem Aufsichtsrath den Vorwurf gemacht, daß er das Darlehen von 5 Millionen Thaler von der Reichshauptkasse und der Seehandlung zu 4 pCt. Zinsen habe erhalten können, während die Disconto-Gesellschaft sich dazwischen geschoben und das Darlehen zu 14 pCt. Zinsen contrahirt habe. Hierüber äußert der Zeuge, daß nach ihm zu Theil gewordenen Mittheilungen das Reichskanzleramt und die Seehandlung dem Aufsichtsrathe das Darlehen von 5 Millionen Thalern nur unter der Bedingung zu 5 pCt. gewährt habe, daß Bleichröder und die Disconto-Gesellschaft dafür die Bürgschaft eingingen.

Der zweite Zeuge ist der Abg. Miquel. Derselbe erklärt: „Ich war zur Zeit nicht mehr in der Direction der Disconto-Gesellschaft. Im Aufsichtsrathe ist von dem Seitens des Reiches und der Seehandlung bewilligten Darlehen nie die Rede gewesen. Die vom Angeklagten erhobenen Beschuldigungen, daß der Aufsichtsrath Beschlüsse gefaßt habe, ist durchaus unwahr. Der Aufsichtsrath hat nur den Vorstand generell ermächtigt, Vorschüsse zu 8 Procent Zinsen zu nehmen. Ich habe erst nach Abschluß des Darlehens von demselben Kenntniß erhalten. Zum Weiterbau der Bahnen seien große Vorschüsse nothwendig gewesen. Die betreffenden Verhandlungen mit der Staatsbahn sind zuerst durch die Einsprache des Comites in Paris nicht zu Stande gekommen. Es mußten aber Mittel zum Weiterbau der Bahn und Zahlung der fälligen Dividenden gefunden werden. Die Disconto-Gesellschaft und Bleichröder wollten diese großen Vorschüsse nicht selbst leisten und stellte daher der Vorstand dem Reiche und der Seehandlung den Antrag, gegen genügende Bürgschaft und Sicherheit ein Darlehen von 5 Millionen der Gesellschaft zu bewilligen. Gegen Bürgschaft erhielt nun die Gesellschaft das Darlehen zu 4 Procent, und die Bürgen für die geleistete Bürgschaft und Depotstellung eine Provision von 1 Procent für ein Vierteljahr. Der Zeuge Abg. Miquel giebt darauf eine Schilderung der Zustände, der wir Folgendes entnehmen: Als Bleichröder und die Disconto-Gesellschaft in die Verhandlungen eintraten, waren die rumänischen Eisenbahnen durch Staatsgesetz confiscirt, der neu zu bildenden Actiengesellschaft war nur eine Frist von 10 Tagen gewährt. Bei den rumänischen Bahnen herrschte ein heilloser Zustand, die Brücken waren weggeschwemmt, die Dämme durchbrochen, und das von Strousberg eingesetzte Beamtenpersonal total unbrauchbar. Rasches Handeln war nothwendig, um das in rumänischen Actien angelegte deutsche Capital 7 von 63 Millionen Thalern zu retten. Bleichröder und die Disconto-Gesellschaft erließen einen Aufruf zur Bildung einer Actiengesellschaft. Die Actiengesellschaft war mittellos. Bei Strafe des Verlustes der Concession mußte die Convention, die angefangenen Linien fortzuführen, eingehalten werden. Es gab zwei Wege hierzu, entweder eine Anleihe zu contrahiren oder die leider aus größtentheils kleinen Leuten bestehenden Actionäre zur Einschießung neuer Mittel aufzufordern. Aus seiner eigenen Wissenschaft könne er bezeugen, daß die ersten Vorschüsse von Bleichröder und der Disconto-Gesellschaft nur mit großem Widerwillen geleistet worden sind, weil sie das Geschäft für äußerst riskant hielten. Hierauf fragt der Angeklagte den Zeugen Miquel, ob ihm bekannt sei, daß Actien bei der Generalversammlung am 29. Juni 1875 mitgestimmt hätten, die bei der Seehandlung lombardirt waren, und ob der Zeuge 199 Stimmen vertreten hätte. Zeuge Miquel antwortet: Die Frage der Strohmänner sei juristisch controvers, könne aber hier gar nicht aufgeworfen werden, da das Statut der Rumänischen Actien-Gesellschaft keine Schranken giebt, es kann danach Jedermann für alle Actien stimmen, die sich in seinem Besitz befinden, ohne deren Eigenthümer zu sein. In den Generalversammlungen sind alle Anträge über die Anleiheoperationen einstimmig durch Acclamation angenommen worden, er selbst habe gesehen, daß der Mitangeklagte Heßling für alle diese Anträge gestimmt habe. Ueber die Frage wegen der Lombardirung der Actien könne er keine Auskunft geben. Im Aufsichtsrath selbst sei über die Abstimmungen in der Generalversammlung gar nicht gesprochen worden; er habe seine Actien vertreten, einmal auch wohl solche der Disconto-Gesellschaft, als er noch in deren Direction gewesen. Zeuge Miquel wiederholt, daß er von den Verhandlungen über das Darlehen des Deutschen Reiches um so weniger aus eigener Wissenschaft habe etwas wissen können, da er im Sommer 1874 gar nicht in Berlin anwesend gewesen sei.

Der Angeklagte Gehlsen will in Erfahrung gebracht haben, daß ein Mitglied des Aufsichtsrathes mit dem Reichskanzleramte verhandelt habe. Das Darlehen wurde in Ansehung der kleineren bedrängten Leute dem Bankhause Bleichröder und der Disconto-Gesellschaft zum niedrigsten Zinsfuß von 4 pCt. gewährt während diese Bankhäuser Wucherzinsen von den Actionären nahmen. Der Angeklagte muß auf eine Frage des Vorsitzenden zugeben, daß seine in den Artikeln der „Eisenbahnzeitung" erhobenen Beschuldigungen sich auf die Generalversammlungen nicht von 1875, sondern von 1874 beziehen. Zeuge Miquel antwortet, daß nach ihm gewordenen Mittheilungen der Commerzienrath Schwabach mit dem Reichskanzleramte über das Darlehn gesprochen habe. Ob das Deutsche Reich auch geneigt und verfassungsmäßig berechtigt war, der Rumänischen Eisenbahngesellschaft ohne Bürgschaft und Depot das Darlehen zu geben, darüber werden die anderen Zeugen noch nähere Auskunft geben können. Schließlich erklärt Zeuge Miquel sich bereit, alle in den incriminirten Artikeln enthaltenen Beschuldigungen durch Beweise als unwahr darzulegen. Der Staatsanwalt und der Gerichtshof verzichten auf eine weitere Vernehmung. Der Aufsichtsrath habe sich niemals um die Vertretung in der Generalversammlung weiter bekümmert, als um die statutenmäßige Deponirung festzustellen; er habe auch kein Interesse daran gehabt, ebensowenig habe Zeuge mit der Vertretung der Actien der Disconto-Gesellschaft etwas zu thun gehabt. Dies besorgen die Depotverwalter stets bei solchen Gelegenheiten.

Als dritter Zeuge erscheint der Director der Rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft Ottermann vom Präsidenten über sein Verhältniß zum Agenten Troschel befragt, deponirt Zeuge folgendes: Eines Tages kam Troschel zu mir und sprach mit mir über ein in der Redaction der Deutschen Eisenbahnzeitung vorgefundenes Schriftstück, welches Beschuldigungen gegen den Aufsichtsrath enthalte und wahrscheinlich zum Abdruck bestimmt sei, Troschel meinte, daß derartige Sachen böses Blut machen und die Rumänische Eisenbahngesellschaft discreditiren. Ich lehnte jedes weitere Eingehen in die Sache ab, worauf Troschel sich entfernte. Es ist mir nicht eingefallen, durch Herrn Troschel den Gehilfen aufzufordern, mich zu besuchen. Wenige Tage später erhielt ich in einem anonymen Briefe einen Bürstenabzug des beregten Artikels der Eisenbahnzeitung; mir ist der Brief auf dem Bureau eingehändigt worden, und weiß ich bis heute nicht, wer der Absender desselben ist. Auf die Frage des Vertheidigers Munckel, ob Zeuge in der Generalversammlung des Jahres 1872 eine Million Thaler vertreten habe, erwidert Zeuge, daß er nie eine Million Thaler Rumänier besessen und diese Summe nicht vertreten habe. Der vom Vertheidiger gestellte Antrag, die Protokolle der Generalversammlung, aus welchen hervorgehe, daß Hansemann und Reinhardt zwölftausend Stimmen und Actionäre eine Million Thlr. vertreten haben, zur Verlesung zu bringen, wird vom Gerichtshof abgelehnt. Zeuge Ottermann deponirt ferner, daß zu allen Generalversammlungen die Actien richtig im Bureau der Rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft eingeliefert worden sind und die Actionäre ihren Depositenschein erhalten haben. Nur die im Besitz der Disconto-Gesellschaft befindlichen Actien habe man im Depot der Disconto-Gesellschaft gelassen, weil die Bureaus der Rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft für die Placirung der massenhaften Actien keinen Raum gewährten. Die Disconto-Gesellschaft habe jedoch die Nummern pünktlich angemeldet. Nach dem Statut der Rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft können auch Actien, die bei Staats- und Communalkassen lombardirt sind, an der Generalversammlung theilnehmen. Der vierte Zeuge ist der Agent Troschel. Derselbe deponirt folgendes: Ich sah bei Gehlsen ein Schriftstück liegen, in welchem der Aufsichtsrath der Rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft stark mitgenommen wurde. Im Interesse der Gesellschaft, der ich häufig Kohlen verkauft, wollte ich das Erscheinen des Artikels zu vermeiden suchen. Im Laufe des Gesprächs, welches ich mit Ottermann hatte, äußerte ich, es wäre doch besser, die Sache todt zu machen, damit die Gesellschaft nicht blamirt werde. Ottermann erwiderte darauf, das Schandblatt könne schreiben, was es wolle, da es doch Niemand lese, meinte aber, Herr Gehlsen möchte nur zu ihm herankommen. Mit Troschel confrontirt, leugnet Zeuge Ottermann auf das Bestimmteste, den Gehlsen zu einem Besuche durch Troschel aufgefordert zu haben, er habe vielmehr zu demselben gesagt, daß die rumänische Eisenbahn-Gesellschaft das Licht der Oeffentlichkeit nicht zu scheuen brauche. Zeuge Troschel, dessen Aussage sowohl im Gerichtshof als auch im Publikum einen höchst unangenehmen Eindruck macht, versucht in einigen Wendungen seine früheren Aussagen theilweise zu rectificiren. Auf die vom Staatsanwalt an Troschel gerichtete Frage, auf welche Weise sich denn Ottermann mit Gehilfen hätte abfinden sollen, antwortete Troschel, daß er nur im Interesse der Gesellschaft die Sache habe todtmachen wollen.

Zeuge Bücherrevisor Schmidt bekundet, daß er bei der Revision der Geschäftsbücher der Rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft Alles in Ordnung gefunden habe.

Zeuge Geh. Commerzienrath v. Hansemann erklärt auf die Frage des Präsidenten betreffs der Negocirung des Darlehns Folgendes:

Mit der Verhandlung ist im Mai 1874 eine Anleihe von zwei Millionen Thaler von der Rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft gegen Bürgschaft und Depot der Bankhäuser Bleichröder und Disconto-Gesellschaft, und im Juni unter gleichen Verhältnissen mit der Reichsfinanzverwaltung ein Darlehn von drei Millionen Thalern contrahirt worden, ein Drittel zahlbar nach einem, ein Drittel nach zwei und ein Drittel nach drei Jahren. Bleichröder hat ein Drittel und die Disconto-Gesellschaft zwei Drittel der Summe übernommen. Für das Jahr sind 8 pCt. Provision gezahlt worden, so daß der Rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft unter keinen Umständen das Geld höher als zu 8 pCt. zu stehen kommen konnte. Bei der General-Versammlung habe ich theilweise meine eigenen Actien, theils die der Disconto-Gesellschaft vertreten, wozu ich als deren Inhaber verpflichtet war. Ich persönlich habe mich wenig mit den Sachen befaßt, ob eine Anzahl Actien lombardirt waren, weiß ich nicht, darüber hat die Disconto-Gesellschaft Verfügung, die jedoch nach ihrer Praxis nicht duldet, daß lombardirte Actien in der General-Versammlung zur Stimmgabe zugelassen werden. Meinen Depotschein für die hinterlegten Actien habe ich von der Disconto-Gesellschaft empfangen, vermuthlich ist derselbe von Procuristen der Effecten-Bureaux ausgestellt worden. Zeuge v. Hansemann bestreitet die von Gehlsen erhobene Behauptung, daß die Bankconsortien die zur pari ausgegebene Emission zu einem niedrigen Course übernommen hätten.

Die von den Zeugen Geh.-Rath Geim, Registrator Wartchow und Ingenieur Schulz abgegebenen Aussagen sind ohne weitere Bedeutung.

Als fernerer Zeuge tritt der Reg.-Rath Ewald auf, welcher vom Aufsichtsrath der Rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft seinen nach Rumänien abgesandten Delegirten zur Untersuchung zur Seite gestellt worden ist. In seiner längeren Ausführung (Zeuge ist wegen seiner leisen Stimme im Zusammenhang nicht zu verstehen) bemerkt derselbe u. A.: Im April oder Mai 1870 sei das Depot der Actionäre der Rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft mit Genehmigung des Rumänischen Staats-Commissars in Strousbergs Hände gelegt und dem Bankhause Joseph Jaques. Bei nachheriger Oeffnung des Depots, in welchem sich 2,700,000 Thlr. befinden mußten, habe man nur einen Schuldschein des Strousberg vorgefunden, der allerdings dafür später Hypotheken gegeben habe. Er, Zeuge, habe bei seiner Anwesenheit in Rumänien die Verhältnisse genau geprüft. Während vom Ausbruch des französischen Krieges an, die Bahnarbeiten in Rumänien völlig sistirt wurden, habe sich Strousberg dennoch durch ihm vom Finanzrath Ambronn ausgestellte Certificate hohe Vorschüsse aus dem Depot für Bezahlung der Arbeiten machen lassen, die in Wahrheit gar nicht stattgefunden haben.

Der Zeuge habe von diesem Vorgange der Staatsanwaltschaft Kenntniß gegeben, man scheint jedoch keine criminalgerichtliche Untersuchung gegen Strousberg eingeleitet zu haben.

Die Gesellschaft hat sich mit Strousberg schließlich dahin geeinigt, demselben statt der geforderten acht Millionen Thaler Vorschüsse 6 Mill. Thlr. und zwar 4 Millionen zur Zahlung der rückständigen Coupons zu bewilligen.

Hierauf wird die Sitzung um 1½ Uhr Mittags bis Nachmittags 4 Uhr vertagt.

Um 2 Uhr wird die Sitzung vom Präsidenten Reich wieder eröffnet. Die Aussagen der Zeugen Director Nitze und Buchhalter Junga sind von keiner Bedeutung.

Zeuge Depotverwalter Töpfer sagt aus, daß keine Actien lombardirt waren, die Actien lagerten bei der Discontogesellschaft.

Auf die vom Angeklagten gegen den Mitdirector der R. E. G. Geh. Rath Reinhardt erhobene Beschuldigung, daß Letzterer Sechszig Tausend Thaler zur Bestechung der Presse erhalten habe, erklärt Reinhardt diese Behauptung für eine Lüge; die Summe sei ihm zum Zweck des Bahnbetriebs zur Disposition gestellt worden.

Hierauf wird der fast gänzlich erblindete Geh. Comm.-Rath v. Bleichröder, der sich als Stütze seines Dieners bedient, in den Saal geführt. Der Präsident ersucht ihn anläßlich seines Zustandes sich zu setzen. v. Bleichröder deponirt folgendes: Von einer Verabredung der R. E. G., in der Generalversammlung Actien zu präsentiren, die nicht dem Eigenthum der Discontogesellschaft angehört haben, ist nun und nimmermehr die Rede gewesen. Das Consortium befand sich de facto im Besitze der Actien: es ist juristisch unzweifelhaft, daß, wenn Jemand Actien besitzt, er dieselben auch vertreten kann. Das Consortium hat die Emission zu Pari übernommen und sich nur die übliche Bankprovision zahlen lassen.

Der Angeklagte behauptet, daß das Bankhaus Bleichröder den Fürsten Anton von Hohenzollern und den Fürsten Carl von Rumänien um die noch schuldigen zwei Millionen Thaler angegangen habe. Ferner will Angeklagter in Erfahrung gebracht haben, daß das Reichskanzleramt Bleichröder und der Disconto-Gesellschaft das Darlehn von drei Millionen Thaler nur unter der Bedingung gewährt habe, daß dieselben daraus keinen Vortheil ziehen sollen; dieser Act der Liberalität sei ausdrücklich verlangt worden. Als letzter Zeuge Lasker, der unter allgemeiner Spannung seine Aussagen macht.

„Im November 1872 habe ich von meinem Freunde Miquel den Auftrag erhalten, ein Rechtsgutachten für den Aufsichtsrath der R. E.-G. auszuarbeiten. Anfänglich lehnte ich diesen Auftrag ab und unterzog mich dessen später nur auf dringendes Begehr der Gesellschaft, am Sonnabend erhielt ich von Herrn Gehlsen einen Brief, in welchem er mich zur Zeugnißabgabe in dieser Sache aufforderte; auf Rücksprache mit Herrn Miquel habe ich mich dazu bereit erklärt. Den Gegenstand der Anklage kenne ich nicht. Das thatsächliche Material ist mir von der Gesellschaft mit der Frage übermittelt worden, ob dieselbe im Rechtswege irgend welche Rechte gegen Strousberg geltend machen könne (auf Befragen des Staatsanwalts und des Vorsitzenden bemerkt Lasker, daß sein Gutachten abgefaßt sei, nachdem die Auseinandersetzung erfolgt und die neue Gesellschaft bereits constituirt war). In dem mit der Gesellschaft abgeschlossenen Vertrage habe die rumänische Gesellschaft derselben alle Rechte der bisherigen Concessionen abgetreten.

Aus dem mir vorgelegelegten Exposé des Reg.-Raths Ewald habe ich ersehen, daß Strousberg viel mehr erhoben und sich darüber hat wahrheitswidrig quittiren lassen. Nun wurde ich angefragt, ob von Strousberg die Differenz einzuholen sei. Ich erwiderte, daß falls Strousberg mehr erhoben hätte, als wie der Vergleich es zuließ, die Commissionäre berechtigt waren, vom Contract zurückzutreten. — Zeuge Justizrath Simon bemerkt, daß das Gutachten Laskers seitens des Aufsichtsraths der Gesellschaft seine volle Würdigung gefunden habe, wir sind aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Proceß gegen Strousberg viele Jahre dauern würde. Er habe aufs Aeußerste gegen die Anstrengung einer Klage opponirt. Ebenso entschieden habe er auch dafür plaidirt, daß die von Ewald eruirten Thatsachen der Staatsanwaltschaft übergeben wurden. Die Criminaluntersuchung hat zu keinem Resultat geführt und haben wir darauf beschlossen, in der Sache nichts mehr zu unternehmen. Der Aufsichtsrath der Gesellschaft hat keine Ursache gehabt, etwas zu verheimlichen, was er mit Strousberg verhandelt hat. Auf die Zeuganoussage des Procuristen Beyer wird verzichtet. Um 5¼ Uhr wird die Sitzung geschlossen.

Wiesbaden, 26. Jan. [Ober-Staatsanwalt Diehl] von hier erhielt gestern seine Versetzung als Appellrath nach Münster und wurde heute todt im Bette gefunden. Diehl hinterläßt eine Frau und acht Kinder.

Oesterreich.

Wien, 26. Januar. [Ausweisung.] Nach einer Nachricht der „Nat.-Ztg." hätte sich die deutsche Botschaft in Wien bei der Ausweisung des Dr. Arthur Levysohn dennoch ins Mittel gelegt. Auf ihre Verwendung machte die österreichische Regierung die vertrauliche Eröffnung, daß ein von Dr. Levysohn einzureichender Recurs, welcher gesetzlich aufschiebende Kraft besitzt, unbeantwortet bleiben solle, so daß rechtlich seinem ferneren Verbleiben in Wien kein Hinderniß im Wege stände. Damit behält sich jedoch die österreichische Regierung das Recht vor, diesen Recurs ungünstig zu erledigen, wann es ihr eben angemessen erscheint. Unter diesen Umständen dürfte es Dr. Levysohn vorziehen, dem moralischen Druck, den man auf diese Weise wider ihn ausüben möchte, auszuweichen und in Kürze nach Berlin überzusiedeln. (Nebenbei bemerkt, ist die Nachricht der „Trib." u. a. Z., daß Herr Dr. Levysohn auch Correspondent der „Breslauer Zeitung" aus Wien gewesen sei, unrichtig.)

Provinzial-Zeitung.

—d. **Breslau**, 27. Januar. [Bezirksverein des nordwestlichen Theiles der inneren Stadt.] Sanitätsrath Dr. Eger eröffnete die gestern Abend in der neuen Börse abgehaltene Versammlung mit der Mittheilung über die Constituirung des Vorstandes. Es sind gewählt: Sanitätsrath Dr. Eger zum Vorsitzenden, Schneidermeister Heidemann zu dessen Stellvertreter, Kaufmann L. A. Schlesinger zum Kassirer, Hausbesitzer Grosche zu dessen Stellvertreter, Kaufmann R. May zum Schriftführer und Buchhändler Priebatsch zu dessen Stellvertreter. Chefredacteur Dr. Stein ist zum Ehrenvorsitzenden ernannt worden. — Kaufmann und Stadtverordneter Levy theilt mit, daß er in Folge einer durch den Bruch eines Wasserrohres auf der Reuschestraße herbeigeführten Wasser-Calamität bei den städtischen Behörden Beihilfe der Feuerwehr in ähnlichen Fällen und Schadenersatz Seitens der Stadt beantragt habe. Die Beihilfe der Feuerwehr haben bereits Stadtverordnete und Magistrat beschlossen, der Antrag auf Schadenersatz Seitens der Stadt liege vorerst noch der Wahl- und Verfassungs-Commission vor. Es wurde beschlossen, die Discussion hierüber zu vertagen, bis der diesbezügliche Antrag vor das Plenum der Stadtverordneten-Versammlung gebracht worden sei. Nach den Mittheilungen des Vorsitzenden war ein rechtzeitiges Absperren des Wassers durch das Einfrieren der Schieberhähne, welche jedenfalls nicht tief genug in der Erde angebracht und nicht genügend gegen den Frost geschützt sind, unmöglich gemacht. Eine Revision sämmtlicher Schieberhähne sei inzwischen angeordnet worden. — Rechtsanwalt und Stadtverordneter Wiener berichtete hierauf über die bei Gelegenheit der letzten allgemeinen Volks- und Gewerbezählung vorgenommenen statistischen Aufnahmen des Hausgewerbebetriebes. Die Resultate seien in letzterer Beziehung ungenügend, weshalb sich, wie wir bereits gemeldet haben, das königliche statistische Bureau in Berlin an die verschiedenen Vereine um Unterstützung bei Ausfüllung der bezeichneten Lücke gewendet hat. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, mit dem Breslauer Gewerbeverein in Verbindung zu treten und in dieser Angelegenheit gemeinschaftliche Schritte zu thun. — Nach Erledigung des Fragekastens wurde die Versammlung geschlossen.

D. **Frankenstein**, 27. Januar. [Brand.] Heute früh 5½ Uhr ist in der Möbelfabrik des Hoflieferanten J. W. Kaiser auf eine bis jetzt unaufgeklärte Weise Feuer entstanden. Das Gebäude ist total niedergebrannt, dasselbe ist mit 20,000 Thlr. versichert. Zwei Nebenhäuser sind trotz der größten Gefahr stehen geblieben, was hauptsächlich dem raschen Eintreffen der freiwilligen Feuerwehr zu danken ist.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Januar 27. 28.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	337''',95	338''',28	328''',27
Luftwärme	— 2°,3	— 2°,7	— 4°,1
Dunstdruck	1''',45	1''',47	1''',29
Dunstsättigung	90 pCt.	94 pCt.	94 pCt.
Wind	N. 1	O. 1	SO. 1
Wetter	heiter.	trübe.	trübe.

Berliner Börse vom 27. Januar 1876.

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	169,90 bz
do. do.	2 M.	3	168,38 bz
London 1 Lstr.	3 M.	4	20,18,5 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	4	80,95 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	5½	258,50 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	5½	262,00 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	5	175,80 bz
do. do.	2 M.	5	174,65 bz

Fonds- und Geld-Course.

Staats-Anl. 4½% consol.	4½	105,10 bz
do. 4%ige	4	99,25 bzG
Staats-Schuldscheine	3½	92,00 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	133,00 G
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101,60 bz
Pfandbr. Berliner	4½	101,40 bzG
Pfandbr. Pommersche	3½	83,80 G
Pfandbr. Posensche neue	4	94,30 bzG
Pfandbr. Schlesische	3½	84,75 G
Rentenbriefe Kur- u. Neumärk.	4	98,10 G
Rentenbriefe Pommersche	4	96,50 bz
Rentenbriefe Posensche	4	96,25 bzG
Rentenbriefe Preussische	4	96,30 bz
Rentenbriefe Westfäl. u. Rhein.	4	98,30 bz
Rentenbriefe Sächsische	4	98,70 bz
Rentenbriefe Schlesische	4	96,30 bz
Badische Präm.-Anl.	4	121,60 bzG
Baierische 4% Anleihe	4	124,40 bzG
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	108,00 bzG

Kurh. 40 Thaler-Loose 257,60 bz
Badische 35 Fl.-Loose 141,10 bzG
Braunschw. Präm.-Anleihe 85,40 G
Oldenburger Loose 137,90 bz

Ducaten	— —	Fremd. Bkn.	— —
Sover.	20,31 B	einl. i. Leip.	— —
Napoleons	16,18 bz	Oest. Bkn.	175,85 bz
Imperials	— —	Russ. Bkn.	262,50 bz
Dollars	— —		

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Obl.	5	100,90 G
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	99,00 bzG
do. do.	5	99,50 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,20 bz
Unkünd. do. (1872)	5	101,00 bz
do. rückzb. à 110	5	105,60 bz
do. do. do.	4½	98,50 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B	5	— —
do. III. Em. do.	5	103,50 bzG
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	99,80 G
Hyp.-Anth. Nord.-G. C. B	5	101,00 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	105,00 G
do. do. II. Em.	5	101,50 bz
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	110,00 B
do. do. II. Em.	5	105,75 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	102,50 bz
do. 4½ do. do. m. 110	4½	95,00 B
Meininger Präm.-Pfdb.	4	101,40 bzG
Oest. Silberpfandbr.	5½	54,25 G
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	61,00 G
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	88,75 G
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	100,25 bz
do. do.	4½	94,00 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,00 G
do. do. 4½%	4½	98,00 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	52,75 G

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4⅕	64,75 bz
do. Papierrente	4⅕	60,25 bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	105,50 bz
do. Lott.-Anl. v. 60	5	114,25 bzB
do. Credit-Loose	—	337,50 bz
do. 64er Loose	—	295,50 bzB
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	182,75 bz
do. do. 1866	5	183,00 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	85,50 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	89,50 G
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	86,00 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	— —
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	68,00 B
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,75 bzG
do. do. 1885	6	102,00 bzG
do. 5% Anleihe	5	100,75 etbzG
Französische Rente	5	104,25 etbzG
Ital. neue 5% Anleihe	5	71,50 bz
Ital. Tabak-Oblig.	6	100,40 B
Raab-Grazer 100 Thlr.-L.	4	78,70 G
Rumanische Anleihe	8	102,75 G
Türkische Anleihe	5	20,80 bzB
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	5	72,20 B

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 41,50 bzG
Türken-Loose 43,50 etbzB

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg-Märk. Serie II.	4½	99,75 bz
do. III. v. St. 3½ g.	3½	84,90 bzG
do. do. VI.	4½	97,10 bz
do. Hess. Nordbahn	5	103,50 bzG
Berlin-Görlitz	5	— —
do.	4½	92,75 G
do. Lit. C.	4½	— —
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	— —
do. do. E.	4½	— —
do. do. F.	4½	— —
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	— —
do. do. J.	4½	90 bzG
do. do. K.	4½	90 B
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	89,25 G
do. Lit. B.	4½	— —
do. IV.	4	91,75 bzB
do. V.	4	— —
Halle-Sorau-Guben	5	96,25 bzG
Hannover-Altenbeken	4½	— —
Märkisch-Posener	5	102,00 bzG
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	97,00 G
do. do. II. Ser.	4	97,00 B
do. do. Obl. I. u. II.	4	97,00 G
do. do. III. Ser.	4	96,00 G
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	91 G
do. E.	3½	86,50 B
do. F.	4½	101,00 G
do. G.	4½	98,25 G
do. H.	4½	101,00 B
do. von 1869	5	103,10 bzG
do. von 1873	4	89,50 B
do. von 1874	4½	96,50 bz
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	91,50 G
do. do.	5	104,50 bz
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	5	— —
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	103,20 bz
Schlesw. Eisenbahn	4½	98,25 bz
Chemnitz-Komotau	5	26,50 bz
Dux-Bodenbach	5	66,10 G
do. II. Emission	5	59,80 bz
Prag-Dux	fr.	23,60 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	87,40 bzG
do. do. neue	5	85,80 G
Kaschau-Oderberg	5	64,90 bz
Ung. Nordostbahn	5	61,20 G
Ung. Ostbahn	5	58,20 bz
Lemberg-Czernowitz	5	70,00 G
do. do. II.	5	72,25 etbzG
do. do. III.	5	64,75 B
Mährische Grenzbahn	5	75,75 B
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	26,50 bzG
do. II.	fr.	— —
Kronpr.-Rudolf-Bahn	5	72,60 bz
Oesterr.-Französische	3	318,50 B
do. do. II.	3	308,00 B
do. südl. Staatsbahn	3	236,25 bzG
do. neue	3	235,50 bz
do. Obligationen	5	81,50 G
Warschau-Wien II.	5	100,00 bzG
do. III.	5	97,75 bzB
do. IV.	5	94,25 bzB
do. V.	5	92,00 bz

Bank-Discent 5 pCt.
Lombard-Zinsfuss 6 pCt.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1874	1875	Zf.	
Aachen-Mastricht.	1	—	4	23 bzB
Berg.-Märkische	3	—	4	78,25 bz
Berlin-Anhalt	8½	—	4	105,40 bz
Berlin-Dresden	5	—	5	28,75 bz
Berlin-Görlitz	0	0	4	28,75 bz
Berlin-Hamburg	12½	—	4	172,10 bz
Berl. Nordbahn	0	—	fr.	— —
Berl.-Potsd.-Magdb.	1½	—	4	71,50 bzG
Berlin-Stettin	9 11/12	—	4	126 bz
Böhm. Westbahn	5	5	5	81,20 bz
Breslau-Freib.	1½	—	4	80,25 bz
Cöln-Minden	6 9/20	—	4	95-94,75 bz
do. Lit. B.	5	5	5	93,25 bzG
Cuxhaven. Eisenb.	6	6	6	— —
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	12,50 bzG
Gal. Carl-Ludw.-B.	8½	—	4	86-86,25 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	—	4	10,80 bzG
Hannover-Altenb.	0	—	4	12,80 bz
Kaschau-Oderberg	5	—	5	50,75 bzB
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	54,10 bz
Ludwigsh.-Bexb.	9	—	4	174,50 bzG
Märk.-Posener	0	—	4	21,75 bz
Magdeb.-Halberst.	3	—	4	45,10 bzG
Magdeb.-Leipzig	14	14	4	261,50 bzG
do. Lit. B.	4	4	4	91,90 bz
Mainz-Ludwigsh.	6	—	4	96,50 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	98,50 bzB
Oberschl. A.C.D.E.	12	—	3½	138,75 bz
do. B.	12	—	3½	130 G
Oesterr.-Fr. St.-B.	8	—	4	517,50-18,50 bz
Oest. Nordwestb.	5	—	5	246,50 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	1½	—	4	194-195 bz
Ostpreuss. Südb.	0	—	4	29 bz
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	4	103,50 bz
Reichenberg-Pard.	4½	4½	4½	56 bz
Rheinische	8	—	4	113 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	91 bzG
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	14,70 bzG
Rumän. Eisenbahn	4	—	4	27-27,50 bz
Schweiz Westbahn	0	—	4	16,25 bz
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101,25 bzG
Thüringer Lit. A.	7½	—	4	111,50 bz
Warschau-Wien	10	—	4	217 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	4	—	5	61,25 bzG
Berliner Nordbahn	0	—	fr.	— —
Breslau-Warschau	0	0	5	29,50 B
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	19,75 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	25,50 bzB
Kohlfurt-Falkenb.	2½	—	5	38 B
Märkisch-Posener	0	—	5	64,75 bzB
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	53,75 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	83,25 bz
Ostpr. Südbahn	3½	—	5	72 bz
Pomm. Centralb.	0	—	fr.	— —
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	5	107 bzG
Rumänier	8	8	8	83,25 bzB
Saal-Bahn	2½	0	5	25 bzG
Weimar-Gera	5	2½	5	22,75 G

Bank-Papiere.

Allg. Deut. Hand.-G.	5	—	4	conv. — —
Anglo Deutsche Bk.	0	—	4	60 B
Berl. Kassen-Ver.	19⅕	—	4	184 B
Berl. Handels-Ges.	7	—	4	90 bzG
do. Prod.-u. Hdls.-B.	10½	—	4	84,25 bzG
Braunschw. Bank	7½	—	4	85,60 bzG
Bresl. Disc.-Bank	4	—	4	65,50 bzG
Bresl. Maklerbank	0	—	4	— —
Bresl. Makl. Ver.-B.	4	—	4	— —
Bresl. Wechslerb.	3½	—	4	68,25 bz
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	—	4	65 G
Danziger Priv.-Bk.	6	—	4	112,50 G
Darmst. Creditbk.	10	—	4	112,00 bz
Darmst. Zettelbk.	6½	—	4	93,60 bz
Deutsche Bank	5	—	4	80 bz
do. Reichsbank	—	—	fr.	160 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	—	4	92,75 etbzG
Deutsche Unionsb.	3	0	4	79 bz
Disc.-Comm.-Anth.	12	—	4	125,90 bz
Genossensch.-Bnk.	6	—	4	90 bz
do. junge	6	—	4	96 B
Gwb. Schuster u. C.	0	—	4	17 bz
Goth. Grundcredb.	9	—	4	104,75 G
Hamb. Vereins.-B.	11⅑	—	4	115,25 G
Hannov. Bank	6⅔	—	4	100,60 bzG
do. Disc.-Bank	0	—	4	83,50 G
Königsb. Ver.-Bank	5⅔	—	4	79,50 bzG
Ldw.-B. Kwilecki	6½	—	4	— —
Leipz. Cred.-Anst.	9½	—	4	120,75 bzG
Luxemburg. Bank	9	—	4	104,75 G
Magdeburger do.	5½	—	4	103,25 B
Meininger do.	4	—	4	77,75 bz
Moldauer Lds.-Bk.	3	—	4	—
Nordd. Bank	10	—	4	123 bz
Nordd. Grundcr.-B.	9½	—	4	100,75 G
Oberlausitzer Bk.	0	—	4	55 B
Oest. Cred.-Actien	6⅞	—	4	334-35,50 bz
Posner Prov.-Bank	6	—	4	94 G
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	—	4	90,50 etbzB
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	117,75 B
Sächs. Bank	10½	—	4	118,50 B
Sächs. Cred.-Bank	5	—	4	81,50 B
Schl. Bank-Verein	6	—	4	83 G
Schl. Vereinsbank	5	—	4	88,10 B
Thüringer Bank	6	—	4	73,75 bzG
Weimar. Bank	5½	—	4	61 bzG
Wiener Unionsb.	5	—	4	— —

(In Liquidation.)

Berliner Bank	0	—	fr.	87 G
Berl. Bankverein	4½	0	fr.	75 bzG
Berl. Lombard-B.	0	—	fr.	5 B
Berl. Prod-Makl.-B.	0	—	fr.	— —
Berl. Wechsler.-B.	0	—	fr.	36,50 G
Br.-Pr.-Wechsl.-B.	0	—	fr.	— —
do. Hand. u. Entrep.	0	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	0	—	fr.	85 bzG
Hessische Bank	0	—	fr.	58,75 bz
Ndrschl. Cassenv.	0	—	fr.	0,50 B
Ostdeutsche Bank	6	—	fr.	82,50 G
Pos. Pr.-Wechsl.-B.	0	—	fr.	0,80 B
Pr. Credit-Anstalt	0	—	fr.	9 G
Pr. Wechsler-Bnk.	0	—	fr.	—
Schl. Centralbank	2	—	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	0	—	fr.	12 bzG

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd-A.	7½	—	fr.	125,25 B
D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	13,60 bzG
do. Reichs-u. Co.-E.	4	—	4	70,10 bzG
Märk. Sch. Masch. G.	0	—	4	16,75 bzG
Nordd. Gummifab.	5½	—	4	45,75 bzG
do. Papierfabr.	4	—	4	19 G
Westend, Com.-G.	0	—	fr.	4,10 bzG
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	18⅗	18	4	126,50 bz
Schles. Feuervers.	17	—	4	562 G
Donnersmarkhütte	4	—	4	20,75 bzG
Dortm. Union	0	—	4	9,30 bzG
Königs- u. Laurah.	10	—	4	60,60 bz
Lauchhammer	0	—	4	19 bz
Marienhütte	7½	—	4	64,50 G
Moritzhütte	0	—	4	— —
OSchl. Eisenwerke	1	—	4	— —
Redenhütte	0	—	4	3 G
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	19 bz
Schl. Zinkh.-Actien	7	—	4	84 bzB
do. St.-Pr.-Act.	7	—	4½	90,50 bzG
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	47,25 G
Vorwärtshütte	1	—	4	15 G
Baltischer Lloyd	0	—	4	36,25 G
Bresl. Bierbrauer.	0	—	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	6⅔	—	4	43 B
do. ver. Oelfabr.	5	—	4	49 G
Erdm. Spinnerei	4	—	4	21,70 bzB
Görlitz. Eisenb.-B.	2⅔	—	4	37,25 G
Hoffm's Wag. Fabr.	0	—	4	— —
O.-Schl. Eisenb.-B.	2	—	4	25 bzG
Schl. Leinenind.	7½	—	4	86,70 bzG
S. Act.-Br. (Scholtz)	0	—	fr.	— —
do. Porzellan	0	—	4	31,50 G
Schl. Tuchfabrik	0	—	4	— —
do. Wagenb.-Anst.	0	—	fr	— — 89 G
Schl. Wellw.-Fabr.	0	—	4	24 G conv
Wilhelmshütte MA.	4	—	4	— —

Berlin, 27. Januar. Wiederum entbehrte das selbstständige Geschäft jeder Lebhaftigkeit und es äußerte hierauf weder die Prämienerklärung noch die Nachricht, daß die Bank von England ihre Minimalrate um ein volles Procent und die Oesterr. Nationalbank um ½ pCt. herabgesetzt habe, einen Einfluß. Nichtsdestoweniger aber gelangte eine verhältnißmäßig recht feste Haltung zur Herrschaft. In der Hauptsache basirte diese zwar auf zahlreichen Deckungskäufen, die der Regulirung wegen zur Effectuirung gelangen mußten, obgleich es an Material fehlte; immerhin bleibt aber auch zu constatiren, daß sich unsere Börse einer jeden pessimistischen Anschauung fern hält und sich begnügt, eine beobachtende Stellung zu behaupten, um, nach keiner Seite gebunden, zur geeigneten Zeit nach jeder Richtung actionsfähig zu bleiben. Die Deports haben sich etwas vertheuert, im Ganzen vollzieht sich die Liquidation aber durchaus glatt und leicht. Es bedangen heute: Credit 50—70 Pf. Dep., Lombarden 90—50 Pf. Dep., Franzosen 1—1,20 M. Dep., Reichsbank ⅛ % Rep., Disc.-Comm. ⅕—¼ % Dep., Laurah. ⅕ %, Köln-Mind. ¼—⅓ % Dep., Rhein. glatt, Berg. ½ % Dep. Die Course der internation. Speculationspapiere erfuhren einige Erhöhungen und schließen Oesterreichische Creditactien und Oesterreich. Staatsbahn mit einer Avance von ca. 3 Mk. über gestern. Die Oesterreich. Nebenbahnen waren fest, betheiligten sich aber nur in geringerem Maße am Verkehr. Rudolfsbahn zog etwas an. Die localen Speculationspapiere blieben vorzugsweise still. Disconto-Commandit 125,90, ult. 125½—6, Dortmunder Union 9,30, Laurahütte 60,60, ult. 60,75—61—60,75. In ausländischen Staatsanleihen fanden nur geringfügige Umsätze statt, die Notirungen ließen vielfach nach, im Ganzen herrschte aber doch eine ziemlich feste Haltung auf diesem Gebiete. Russ. Werthe sehr still. Prämienanleihen niedriger, ₰-Anleihen unverändert, eher fest. Preuß. Fonds fest, aber unbelebt. Von anderen Deutschen Staatspapieren Badische Prämienanleihe und Braunschweiger Loose sehr beliebt, Prioritäten ruhig, Altenbeker 4½ % III. belebt., Ungar. Ostb. I. beliebter, Kaschau-Oderb. angeboten. Auf dem Eisenbahnactienmarkte zeigten sich schwere Papiere fester. Anhalter behauptet, Potsdamer besser, Halberstädter schwach, leichte Bahnen vernachlässigt, Brest-Kiew sehr lebhaft, Nahebahn behauptete gestrige Notiz. Weimar, Gera und Lüttich-Limburg stark angeboten, Aachen-Mastrichter niedriger, Schweizer Union beliebt, Görlitzer St.-Pr.-Actien weichend, Bankactien ohne Leben. Berliner Bankverein sehr fest und steigend. Centralbank für Industrie lebhaft und höher. Branschweiger Bank zu besserem Course im Verkehr. Wiener Unionbank blieben gesucht, Abgeber fehlen. Gewerbebank ging zu etwas ermäßigtem Course in Posten um. Dessauer Landesbank matter. Industriepapiere still. Große Pferdebahn und Viehhof anziehend bei sehr belangreichen Umsätzen. Centralfactorei reger, Flora ziemlich lebhaft und besser, Westend nachgebend, Oberschlesischer Eisenbahnbedarf matt, Schwarzkopff belebt, Leopoldshall anziehend, Arenberger höher, Courl lebhaft, Pluto sehr fest, Braunschweiger Kohlen stark gedrückt, Bochumer matter, auch Tarnowitzer niedriger. — Um 2½ Uhr: Fest (Cassacourse). Credit 336, Lombarden 195, Franzosen 519, Reichsbank 159½, Disconto-Commandit 126, Dortmunder Union 9, 30, Laura 60¾, Köln-Mindener 94¾, Rheinische 112¾, Bergische 78, Rumänen 27. (Bank- u. H.-Z.)

Berlin, 27. Jan. [Productenbericht.] Bei fester Stimmung hat Roggen heute einen kleinen Fortschritt in der Preissteigerung gemacht. Der Handel auf Termine blieb jedoch schwach, denn die Nachfrage ist unbedeutend gewesen. Loco ist der Verkehr ganz still. — Roggenmehl etwas fester. — Weizen etwas besser bezahlt. Es ist ein ziemlich reger Begehr zu befriedigen gewesen. — Hafer loco fest, Termine eine Kleinigkeit besser bezahlt. — Rüböl in fester Haltung, aber unbelebt. — Spiritus zu anziehenden Preisen gehandelt. Verkäufer hielten sehr zurück.

Weizen loco 175—210 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, weißer märkischer — M. ab Bahn bez., gelber mecklenburger — M. bez., gelber märkischer — M. ab Bahn bez., weißbunter polnischer — M. ab Bahn, ordinär gelb rumänischer — M. bez., pr. December-Januar — M. bez., pr. Januar-Febr. — M. bez., pr. April-Mai 193½—194½—194 M. bez., pr. Mai-Juni 198 M. bez., pr. Juni-Juli 202—202½—202 M. bez. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspr. — M. — Roggen loco 147—162 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, russischer 147—149 M. bez., polnischer 150—152½ M. bez., inländischer 155—161 M. ab Bahn bez., pr. December-Januar 150—150½ M. bez., pr. Januar-Februar 149½—150 M. bez., pr. Frühjahr 150—151 M. bez., pr. Mai-Juni 150—150½ M. bez., pr. Juni-Juli 150 M. bez. — Gekündigt 3000 Ctnr. Kündigungspreis 150 M. — Gerste loco 132—180 M. nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loco 135—180 M. nach Qualität gefordert, ostpreußischer 150—174 M., westpreußischer 150—174 M., russischer 150—174 M., pommerscher 165—175 M. bez., mecklenburgischer 165—175 M. bez., böhmischer 165—175 M. ab Bahn bez., sächsischer 165—175 M. ab Bahn bez., pr. December-Januar 156 M. bez., pr. Januar-Februar 156 M. bez., pr. Frühjahr 161½ M. bez., pr. Mai-Juni 162½ M. bez., pr. Juni-Juli — M. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Erbsen: Kochwaare 176—210 M., Futterwaare 166—175 M. — Weizenmehl pr. 100 Kilo. Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 27,00—26,00 M. bez., Nr. 00: — M. bez., Nr. 0 und 1: 25,50—24,00 M. bez. — Roggenmehl Nr. 0: 23,50—22,00 M., Nr. 0 und 1: 21,00—19,50 M. bez. Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. December-Januar — M. bez., pr. Januar-Februar 20,60 M. bez., pr. Februar-März 20,60 M. bez., pr. März-April — M. bez., pr. April-Mai 20,75 M. bez., pr. Mai-Juni 20,85 M. bez., pr. Juni-Juli 20,90 M. bez., pr. Juli-August 20,95 M. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Oelsaaten: Raps — M., Rübsen — M. nach Qualität bez. — Rüböl per 100 Kilo loco ohne Faß 64,2 M. bez., mit Faß — M. bez., pr. December-Januar 65 bez., pr. Januar-Februar 65 M. bez., pr. April-Mai 65,7—8 M. bez., pr. Mai-Juni 66 M. bez., pr. Sept.-October 65,6 M. bez. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Leinöl loco 58 M. bez. — Petroleum loco 30,5 M. bez. per 100 Kilo incl. Faß, pr. December-Januar 29,8 M. bez., pr. Januar-Februar 29,5 M. bez., pr. Februar-März 28,3 M. bez. Abgelaufene Anmeldungen — M. bez., pr. April-Mai — M. bez., pr. Septbr.-Octbr. 26,7—9—6 M. bez. — Gekündigt 125 Ctnr. Kündigungspreis 29,8 M.

Spiritus per 10,000 Liter loco „ohne Faß" 43 M. bez., „mit Faß" — M. bez., pr. December-Januar 44,5—7 M. bez., pr. Januar-Februar 44,5—7 M. bez., pr. März-April — M. bez., pr. April-Mai 46,6—47 M. bez., pr. Mai-Juni 47,2—4 M. bez., pr. Juni-Juli 48,4—6 M. bez., pr. Juli-August 49,5—7 M. bez., pr. August-September 50,5—7 M. bez., pr. October-November — M. bez. — Gekündigt 20,000 Liter. Kündigungspreis 44,5 M.

Berlin, 26. Januar. [Markt-Bericht über Bergwerks-Producte und Metalle von Leopold Hadra.] In abgelaufener Woche hat im Roheisen- und Metall-Geschäft keine wesentliche Veränderung stattgefunden. Preise behaupten fast durchweg vorwöchentliche Höhe. Umsätze blieben mäßig. — Kupfer ruhig. In England Chili 81 Pfd. St. Wallaro 89 Pfd. 10 Sh. Urmeneta 90 Pfd. Sterl. Englisches 87 Pfd. Sterl. Hiesiger Preis für englische Marken Mark 89—91 pr. 50 Kilogramm. Mansfelder Raffinade Mk. 93 pr. 50 Klgr. Cassa ab Hütte. Detailpreise 3—4 Mk. höher. Bruchkupfer. Je nach Qualität Mk. 75—80 pr. 50 Kilogr. loco. — Zinn veränderlich. Bancazinn in Holland 48½—49 fl. Hier Mark 89—92. Straits in England 80 Pfd. St. Hier Prima Lammzinn je nach Qualität Mark 84—87 pr. 50 Kilogramm. Secunda fehlt. Im Einzelverkauf verhältnißmäßig höhere Preise. Bruchzinn Mark 68 pr. 50 Kilogramm. — Zink fest. In Breslau W. H. von Giesche's Erben Mark 24,75—25, geringere Marken Mark 24—24,50 pr. 50 Kilogramm. In London 25 Pfd. 10 Sh. Hier am Platze erstere Mk. 26,50—27,50, letztere Mk. 26,00—26,50 pr. 50 Kilogramm. Im Detail verhältnißmäßig höher. Bruchzink Mk. 16,00—17,00 loco pr. 50 Kilogr. — Blei begehrt und fest. Tarnowitzer sowie von der Paulshütte, G. von Giesche's Erben ab Hütte Mark 21,25—21,75 pr. 50 Kilogr. Kasse. Loco hier Mk. 23,00 bis 24. Harzer und Sächsisches Mk. 24—25,00. Spanisches Rain u. Co. Mk. 27. St. Andres Mk. —, —. Detailpreise verhältnißmäßig höher. Bruchblei Mk. 19—19,50 pr. 50 Kilogr. — Roheisen. Der Roheisenmarkt bleibt bei ziemlich fester Stimmung. Warrants schwankten zwischen 64 Sh. und 63 Sh. und schlossen an gestriger Börse in Glasgow mit 63 Sh. 6 P. Langloan und Coltneß 75—80 Sh. f. a. B. Glasgow. Locowaare, namentlich beste schottische Marken, bleibt noch immer knapp, Zufuhren von Roheisen sind sehr gering. Hiesige Lagerpreise für gute und beste schottische Marken M. 5—5,40 pr. 50 Klgr. Englisch Roheisen Mk. 3,90—4,15 pr. 50 Klgr. Oberschl. Coaks-Roheisen Mk. 3,10—3,30 pr. 50 Klgr. Gießerei-Roheisen M. 3,25—3,55 pr. 50 Klgr. Graues Holzkohlen-Roheisen M. 5,00, von einzelnen Hochöfen wird Mark 5,20—5,60 gefordert, weißes Holzkohlen-Roheisen Mark 3,70—4,00 pr. 50 Kilogramm ab Hütte. Bruch-Eisen. Je nach Qual. mit M. 4,30—4,50 pr. 50 Kilogr. — Stabeisen. Gewalztes M. 7—7,50 pr. 50 Kilogr. ab Werk. Geschmiedetes Mark —, —, pr. 50 Kilogr. ab Werk. — Schmiedeeiserne Träger Mk. 12,50—17 loco pr. 50 Kilogr. je nach Dimension. — Eisenbahnschienen. Zu Bauzwecken nach bestimmten Dimensionen geschlagene Mk. 6,00—6,50, zum Verwalzen Mk. 4,40 bis 4,75 je nach Lage des Ablieferungsortes, jedoch sind größere Partien nur zu wesentlich billigeren Preisen zu placiren. — Kohlen und Coaks. Englische Nuß- und Schmiedekohlen nach Qualität werden hier bis Mk. 80, Coaks Mk. 70—75 per 40 Hectoliter bezahlt. Schlesischer und westphälischer Schmelz-Coaks Mk. 1,40—1,75 pr. 50 Kilogr. loco hier.

ǒ **Breslau**, 28. Jan., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung für Getreide unverändert ruhig, bei mäßigen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen bei schwachem Angebot preishaltend, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 15,70 bis 18,00—19,50 Mark, gelber 15,50—16,75—18,50 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in ruhiger Haltung, 100 Kilogr. 14,00 bis 14,75 bis 16,25 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste, wenig verändert, per 100 Kilogr. 12,50—14,50 bis 15,50 Mark, weiße 16,00—17,00 Mark.

Hafer, schwach behauptet, per 100 Kilogr. 15,00—16,20 bis 18,20 Mark, feinster über Notiz.

Mais unverändert, per 100 Kilogr. 10,50—11,50 Mark.

Erbsen mehr angeboten, per 100 Kilogr. 17—18—20,50 Mark.

Bohnen vernachlässigt, per 100 Kilogr. 14,50—15,50—16,50 Mark.

Lupinen, nur feine Qualitäten beachtet, per 100 Kilogr. gelbe 9,60—11,60 Mark blaue 9,50—11,50 Mark.

Wicken gut behauptet, per 100 Kilogr. 16—17—18 Mark.

Oelsaaten in fester Haltung.

Schlaglein matter.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.						
Schlag-Leinsaat	27	—	25	—	22	25
Winterraps	30	25	29	25	28	25
Winterrübsen	29	25	28	25	26	25
Sommerrübsen	30	50	29	50	28	—
Leindotter	27	—	26	—	25	—

Rapskuchen preishaltend, pr. 50 Kilogr. 7,80—8 Mark.

Leinkuchen unverändert, pr. 50 Kilogr. 9,20—9,70 Mark.

Kleesamen schwache Kauflust, rother preishaltend, pr. 50 Kilogr. 49—55 bis 58—61 Mark, weißer unverändert, pr. 50 Kilogr. 61—64—73—76 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee sehr fest, pr. 50 Kilogr. 30—32—34 Mark.

Mehl in ruhiger Haltung, pr. 100 Klgr. Weizen fein alt 29,25—30,25 Mark, neu 25,75—26,75 Mark, Roggen fein 26,00—27,00 Mark, Hausbacken 24,25—25,25 Mark, Roggen-Futtermehl 10—11 Mark, Weizenkleie 8 bis 8,75 Mark.

Breslau, 28. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 58 Cm. U.-P. — M. 58 C. Eisstand.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Stuttgart, 27. Jan. Dem ständischen Ausschuß ging ein Gesetzentwurf über Minister-Verantwortlichkeit zu.

Bern, 27. Januar. Die internationale Postconferenz ist heute nach Unterzeichnung des Vertrags geschlossen worden. Der Vertreter Belgiens sprach vor der Schlußrede des Präsidenten Heer den Wunsch aus, daß der internationalen Postunion nun auch bezüglich der Eisenbahnen und Telegraphen eine Union folgen möge. Die nächste Conferenz findet wahrlich im Juni c. in London statt.

Paris, 27. Jan. Heute Abend ist große Soiree bei dem Fürsten Hohenlohe; Mac Mahon und die Minister nehmen Theil.

Paris, 27. Januar. In einer gestern hier stattgehabten Versammlung von Delegirten für die Senatorenwahlen, welcher auch Thiers und Gambetta beiwohnten, konnte zwischen den Intransigenten und dem linken Centrum keine Einigung erzielt werden. In Folge dessen wird auch keine gemeinsame Candidatenliste dieser Parteien zu Stande kommen.

Stockholm, 27. Jannar. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer gab der Justizminister auf eine an ihn gerichtete bezügliche Interpellation die Erklärung ab, daß er das principielle Beschlußrecht des Reichstages in Bezug auf die „ordentlichen" Staatsausgaben vollständig anerkenne. Der Reichstag könne jedoch, ohne seine Machtbefugnisse zu mißbrauchen, solche Ausgaben, die im Staatsgrundgesetze wurzelten, nicht verweigern.

Belgrad, 27. Januar. Aus eigener Initiative drückte die Skuptschina fast einstimmig den Wunsch auf Schließung der Sitzungen längstens am nächsten Dinstag aus; die Regierung stimmte zu.

(L. Hirsch' telegraphisches Bureau.)

Ragusa, 27. Januar. In Folge des gestrigen für die Insurgenten unglücklichen großen Kampfes ist Trebinje, wo bereits Hungersnoth herrschte, entsetzt.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 27. Januar, Nachm. 2 Uhr 30 M. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 203, 55, Pariser Wechsel 81, 00, Wiener Wechsel 175, 80. Böhmische Westbahn 163½, Elisabethbahn 144, Galizier 172¼, Franzosen*) 258¾, Lombarden*) 96¾, Nordwestbahn 123, Silberrente 64⅝. Papierrente 60⅛, Russ. Bodencredit 86, Russen 1872 98¾, Russ. Anleihe de 82 —, —, Amerikaner de 1885 102⅛, 1860er Loose 114¼, 1864er Loose 294, 00, Creditactien*) 167¼, Nationalbank 783, 00, Darmstädt B. 113¼. Brüsseler Bank —. Berliner Bankverein 72⅞. Frankf. Bankverein —, dto. Wechslerbank 76⅜, Deutsch-österreich Bank 89⅝, Meininger Bank 77¼, Hahn'sche Effectenbank —, Reichsbank 160, Continental —, Hess. Ludwigsbahn 97⅜. Oberhessen 72⅞. Ungarische Staatsloose 166, 00. do. Schtzw. alte 93½, do. neue 91½. Central-Pacific 90⅛. Türken —. Ung. Ostb.-Obl. II. 64¼. Speculationswerthe fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 167⅛, Franzosen 259, Lombarden 97, Galizier —, 1860er Loose —, —. Oesterreichisch-deutsche Bank —. Reichsbank 159¾.

(* Per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 27. Januar, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 116, Silberrente 64⅞, Credit-Actien 167¾, Nordwestbahn —, 1860er Loose 114¼, Franz. 657½, Lombarden 241½, Ital. Rente 71¼, Vereinsbank 115, Laurahütte 60, Commerzbank 85, do. II. Emission —, Norddeutsche 122¼, Provinzial-Disconto —, Anglo-deutsche 51½, do. neue —, Internationale Bank 84⅜, Amerikaner de 1885 95, Köln-Mindener St.-A. 94¾, Rheinische Eisenbahn do. 113, Bergisch-Märkische do. 78⅞, Disconto 3¾ pCt. — Fest.

Hamburg, 27. Januar, Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen loco still, auf Termine fest. Roggen loco still, auf Termine ruhig. Weizen pr. Januar 197 Br., 196 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo 199½ Br., 198½ Gd. Roggen pr. Januar 148 Br., 147 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo 150 Br., 149 Gd. — Hafer still. — Gerste still. — Rüböl ruhig, loco 68, pr. Mai 67, pr. Octbr. pr. 200 Pfd. 67. Spiritus still, pr. Januar 34½, pr. Febr.-März 34¾, per April-Mai 35½, per Juni-Juli per 100 Liter 100 % 36½. — Kaffee fest, Umsatz 2000 Sack. — Petroleum behauptet, Standard white loco 13, 50 Br., 13, 40 Gd., per Januar 13, 40 Gd., per August-December 12, 40 Gd. — Wetter: Schön.

Liverpool, 27. Januar, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 12,000 Ballen. Fest. Tagesimport 12,000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 27. Januar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 12,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. — Fest.

Middl. Orleans 6^15/16, middl. amerikanische 6⅝, fair Dhollerah 4 9/16, middl. fair Dhollerah 4 5/16, good middl. Dhollerah 4⅛, middl. Dhollerah 3⅞, fair Bengal 4⅛, good fair Broach 5⅛, new fair Oomra 4⅝, good fair Oomra 5⅛, fair Madras 4⅝, fair Pernam 7¼, fair Smyrna 5⅞, fair Egyptian 6¾.

Antwerpen, 27. Januar, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig, dänischer 27½. Roggen unverändert, Odessa 16¾. Hafer behauptet. Gerste stetig.

Antwerpen, 27. Januar, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 33½ bez. u. Br., per Januar 33½ Br., per Februar 32¾ bez., 33½ Br., per März 31½ bez., 31½ Br., per April 31 Br. Steigend.

Bremen, 27. Jan., Nachmittags. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standard white loco 13, 50, pr. Januar 13, 50, pr. Februar 13, 25. Fest.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.